



Migrantenorganisationen als Akteure der Zivilgesellschaft: Integrationsförderung durch Weiterbildung

Dokumentation der Fachtagung am 14. und 15. Dezember 2007 in Nürnberg

- Veranstalter:
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
 - Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern (LBE)
 - Institut für soziale und kulturelle Arbeit (ISKA)

- Gefördert von:
- dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
 - der Stadt Nürnberg
 - dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen



VORWORT

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) hat im Themenfeld 9 des Nationalen Integrationsplans mitgewirkt und dort folgende Selbstverpflichtung abgegeben: „Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement stellt sich als eine Plattform für die Abstimmung und Kommunikation von Migrantenorganisationen (MSO) mit deutschen Vereinen und Verbänden, Staat und Wirtschaft auf Bundesebene zur Verfügung.“ Im Sinne dieser Selbstverpflichtung gehören die von der Arbeitsgruppe „Migration/Integration“ des BBE konzipierten und durchgeführten Fachtagungen in das Zentrum der engagementpolitischen Maßnahmen und Bemühungen des BBE.

Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten fördert die Integration, wenn es nicht auf Abschottung gegenüber der Aufnahmegesellschaft gerichtet ist und Transparenz wie Dialogbereitschaft erkennen lässt. Ein Engagement, das in der eigenen Kultur, Sprache oder Religion verankert ist, ist ein wichtiger Ausgangspunkt für den Brückenschlag zur Aufnahmegesellschaft. MSO können wichtige Beiträge für die gesellschaftliche Integration leisten. Doch sind viele MSO derzeit organisatorisch und personell für die zu bewältigenden Herausforderungen oftmals noch nicht hinreichend aufgestellt.

Das BBE möchte mit seinen Fachtagungen dazu beitragen, die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements von Migrantinnen und Migranten, aber auch die Bedeutung von MSO für die Integration deutlich zu machen, aber auch praktisch zu stärken und zu entwickeln. Neben Fragen der Weiterbildung spielen für MSO auch Fragen der Förderung und der Vernetzung eine zentrale Rolle. Diese Aspekte werden in weiteren Fachtagungen vertieft werden.

Das BBE hat mit der hier dokumentierten Veranstaltung bereits zum zweiten Mal das Thema der Weiterbildungsbedarfe von MSO in einer Fachtagung aufgegriffen. Wie schon 2006 in Oberhausen freuen wir uns sehr, dass auch die Nürnberger Tagung von zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern von MSO als Forum genutzt worden ist. Die Arbeitsgruppe „Migration/Integration“ des BBE hat die Veranstaltung „Migrantenorganisationen als Akteure der Zivilgesellschaft: Integrationsförderung durch Weiterbildung“ konzipiert, um aus dem Blickwinkel der Akteure selbst den Unterstützungs- und Förderbedarf in den Blick zu nehmen.

Wir hoffen, in Fortsetzung der guten Zusammenarbeit mit unseren Partnern auch in weiteren Veranstaltungen die für die Integrationspolitik bedeutende strukturelle Förderung und Entwicklung von MSO thematisieren und die angebotene Plattformfunktion erfüllen zu können. Wir danken dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dem Bayerischen Sozialministerium und der Stadt Nürnberg für die Förderung der Veranstaltung. Dr. Elke Olbermann und Siglinde Naumann danke ich für die Konzeption und Planung, Regina Vierkant für die organisatorische Unterstützung und natürlich allen Referentinnen und Referenten und den zahlreichen Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern für ihre wertvollen Beiträge.

Die vorliegende Dokumentation soll die in der Veranstaltung vermittelten Impulse in die interessierte Fachöffentlichkeit tragen.

Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des BBE



INHALT

- 2 Vorwort**
PD Dr. Ansgar Klein
- 4 Grußwort**
Dr. Thomas Röbbke
- 7 Grußwort**
Dr. Michael Griesbeck
- 9 Ziele der Tagung – eine Einführung**
Siglinde Naumann
- 12 Integration – eine Zwischenbilanz**
Prof. Dr. Dietrich Thränhardt
- 17 Konsequenzen des Nationalen Integrationsplans für die Weiterbildung von Migrantenorganisationen**
Dr. Claudia Martini
- 20 Weiterbildungsbedarfe von Migrantenselbstorganisationen**
Prof. Dr. Karin Weiss
- 23 Berichte aus den Arbeitsgruppen**
- 34 Talkrunde: Integration – Herausforderungen für Politik und Zivilgesellschaft**
- 38 Fazit**
Siglinde Naumann
- 39 Programm**
- 41 Arbeitsgruppe Migration/Integration des BBE**
- 42 LBE/ISKA**
- 43 Informationsmaterialien**



**Dr. Thomas Rübke | Landesnetzwerk
Bürgerschaftliches Engagement Bayern**

GRUSSWORT

Der Titel unserer Tagung fasst vier zentrale Begriffe der modernen Gesellschaft zusammen, von denen man gespannt sein kann, wie sie in den kommenden Diskussionen und Vorträgen auseinandergelutet werden: Migration, Zivilgesellschaft, Integration, Bildung.

In Vorbereitung der Tagung ist mir dazu ein altes Begriffsmuster eingefallen, von dem ich glaube, dass es uns für die aktuelle Fragestellung noch einiges zu sagen hat und demjenigen ähnelt, das wir dem Tagungstitel zugrunde gelegt haben: Vor etwa 250 Jahren hat der deutsche Gelehrte und jüdische Philosoph Moses Mendelssohn in seiner Antwort darauf, was Aufklärung heiÙe – Sie kennen vielleicht die berühmtere Antwort von Immanuel Kant –, einen für die deutsche Geistesgeschichte folgenschweren Zusammenhang hergestellt. Er sagt da, dass Bildung dazu dient, unser gesellschaftliches Zusammenleben zu verbessern und zu vervollkommen. Bildung habe zwei Seiten, eine praktische und nützliche, die beispielsweise die Entwicklung von technischen und handwerklichen Fähigkeiten, Industrie und Gewerbetleiß umfasse. Diese Seite nennt er Kultur. Die zweite Seite der Bildung beschäftige sich aber damit, den Menschen als Menschen zu verstehen. Wo kommen wir her? Wie können wir friedlich miteinander leben? Diese Seite der Bildung nennt Mendelssohn Aufklärung. Hier geht es darum, die Bedingungen des Menschen und des menschlichen Zusammenlebens zu begreifen.

Eine gute Gesellschaft habe beides, Kultur und Aufklärung, sagt Mendelssohn. Aber meist drängt sich eine Seite in den Vordergrund. Mal denken wir vor allem praktisch und nach Gesichtspunkten der Nütz-

lichkeit und Verwertung, mal haben wir in unseren Diskussionen mehr das allgemein Menschliche im Blick. Daher besteht meist eine Ungleichheit zwischen beiden Polen, und nur glückliche Gesellschaften, wie das klassische Griechenland, schaffen es, eine Balance herzustellen. So urteilt Mendelssohn zum Beispiel über seine Zeitgenossen, dass die Berliner eher der Aufklärung, die Nürnberger hingegen der Kultur zuneigten. Die Nürnberger mit ihrem sprichwörtlichen Gewerbetleiß, die Berliner mit ihren schöngeistigen Salons.

Ich weiß nicht, ob er das heute auch noch behaupten würde. Aber ich finde, dass man mit Mendelssohn heute sagen könnte: Unsere globalisierte, von der Wirtschaft bestimmte Gesellschaft hat den Aspekt der Verwertung, der Nützlichkeit von Bildung so forciert, dass der Blick auf die menschlichen Grundlagen etwas abhanden gekommen ist. Gerade im interkulturellen Leben fällt das besonders auf. Vielleicht lernen türkische Kinder die Grundrechenarten zu Hause anders als in der Schule? Vielleicht kommen deshalb die türkischen Eltern mit den gestellten Hausaufgaben nicht zurecht? Das ist nicht nur eine Frage des technischen Wissens. Wer nicht begreift, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft auch unterschiedliche Zugänge zu Wissen und Bildung haben, der wird auch nicht erreichen, dass sie sich Wissen nachhaltig aneignen können. Erst dann, wenn wir diese grundlegenden Bedingungen der Bildung achten, wird Integration erfolgreich sein.

Die Interkulturalität von Bildung stößt unsere technische Wissensgesellschaft also wieder auf diese vernachlässigte Seite von Bildung, die Moses Mendels-

sohn Aufklärung nennt. Heute würden wir vielleicht dazu – in Anlehnung an den Tagungstitel – von Zivilgesellschaft sprechen. Wir müssen mehr über unsere Gemeinsamkeiten und Unterschiede, unsere Herkunft und Besonderheiten wissen, wenn wir Wissen nachhaltig vermitteln wollen. Und wir müssen dafür Arenen und Akteure haben, die diese Anforderungen artikulieren können: nicht einseitig, sondern im gegenseitigen Austausch auf Augenhöhe.

Vieles ist in letzter Zeit in Bewegung gekommen. Ein neues Zuwanderungsgesetz ist verabschiedet, ein Bundesamt für Migration und Flüchtlinge installiert, ein Nationaler Integrationsplan erarbeitet, der Bürgerschaftliches Engagement und Bildung in einzelnen Kapiteln würdigt. Auch in Bayern hat sich vieles getan. Das „Forum Soziales Bayern“, in dem Landespolitiker und Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege mit weiteren Akteuren die Grundlage der Sozialpolitik diskutieren, hat beachtliche Thesen zur gesellschaftlichen Integration vorgelegt. Die Bayerische Staatsregierung hat Leitlinien zur Integration verabschiedet. Als jüngstes Kind wurde ein Projekt der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte und des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement eingerichtet, das zum Ziel hat, Bürgerschaftliches Engagement der Menschen mit Migrationshintergrund ernst zu nehmen und Brücken zur Zivilgesellschaft „deutscher“ Prägung herzustellen. Es wird vom Bayerischen Sozialministerium und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert.

Natürlich stehen wir wieder erst an einem Anfang, wie damals Moses Mendelssohn am Anfang der europäischen Aufklärung. Dieser Anfang ist vielversprechend, weil ideologische Grabenkriege, die in der Vergangenheit oftmals für Stillstand gesorgt haben, überwunden scheinen. Wir haben heute eine realistischere Sicht der Lage.

Dabei kommt der Zivilgesellschaft eine zentrale Bedeutung zu, die auch im Nationalen Integrationsplan hervorgehoben wird: *„Bürgerschaftliches Engagement beruht auf freiwilliger Selbstverpflichtung, öffentlicher Verantwortungsübernahme und Vernetzung. Es wirkt identitätsstiftend und stärkt die Handlungskompetenz. Deshalb hat Bürgerschaftliches Engagement eine besondere Katalysatorfunktion, auch für die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund.“*

Damit dieser Integrationsprozess gelingen kann, werden noch viele differenzierte Antworten zu finden sein. Vor allem aber müssen wir gelungene Modellprojekte, die wir heute schon haben – denken Sie an die Stadtteilmütter oder die Integrationslotsen –, nachhaltig verankern. Der nationale Integrationsplan hat hierzu Vorschläge gemacht, die wir jetzt abarbeiten müssen.

Aus meiner Sicht brauchen wir dazu sichere und akzeptierte Leitlinien, die zur Verfügung stehen müssen, wenn wir die bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Spielflächen verbreitern wollen. Was sind die wichtigsten Elemente? Zunächst einmal

1. Sichere politische und rechtliche Rahmenbedingungen, wie sie u.a. in den Leitlinien zur Integration der Bayerischen Staatsregierung angesprochen werden: Gleichberechtigte Teilhabemöglichkeiten und Chancengerechtigkeit. Dazu gehört gleichermaßen Fördern und Fordern, gehören politische und gesellschaftliche Rechte und Pflichten.
2. Wir dürfen nicht alles festlegen. Eine Gesellschaft ist nicht lebensfähig ohne kulturell gelebte Werte, die nicht bis ins kleinste kodifiziert sein können, vor allem die Werte der europäischen Aufklärung, die Moses Mendelssohn so unerschrocken vertrat: Menschenwürde, Solidarität, Freiheit, Gerechtigkeit.
3. Kulturelle Werte, aber auch gesetzlich festgestellte Rechte und Pflichten müssen mit Leben gefüllt werden. Und da sind wir dann auch bei einer Alltagskultur, die zu Bürgerschaftlichem Engagement ermuntert. Wir müssen kulturelle Unterschiede, und zwar gerade um des Ziels der Integration willen, achten und beachten. Wir wissen zum Beispiel, dass das Bürgerschaftliche Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund relativ selten in der Infrastruktur des Sozialstaats deutscher Prägung ankommt. Der Freiwilligensurvey und Studien des Zentrums für Türkeistudien haben ein hohes Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund empirisch belegt, das aber oft auf die eigene Community bezogen bleibt. Immer wieder stoßen wir auf Hürden. So betont der Nationale Integrationsplan: *„Integration wird dann erfolgreich gelingen, wenn das freiwillige Engage-*

ment in klassische Vereine, Verbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie in Migrantenorganisationen gleichberechtigt und eigenverantwortlich einbezogen wird.“ Zugegeben: Das deutsche Vereinswesen ist gewöhnungsbedürftig. Und einen Zuwendungsbescheid zu verstehen, gelingt auch vielen Menschen nicht, die glauben, die sprichwörtliche deutsche Gründlichkeit von Bürokratie zu kennen. Wir müssen also mehr voneinander wissen und lernen. Deshalb ist Weiterbildung für Integrationsprozesse so wichtig.

4. Bei aller Betonung kultureller Besonderheiten sollten wir aber auch in keine Überbetonung ethnischer oder religiöser Unterschiede verfallen. Mir hat ein Zitat aus dem neuen Buch des indischen Wirtschaftsnobelpreisträgers Amartya Sen, „Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt“, besonders gefallen:

„Eine Person kann gänzlich widerspruchsfrei amerikanische Bürgerin, von karibischer Herkunft, mit afrikanischen Vorfahren, Christin, Liberale, Frau, Vegetarierin, Langstreckenläuferin, Historikerin, Lehrerin, Romanautorin, Feministin, Heterose-

xuelle, Verfechterin der Rechte von Schwulen und Lesben, Theaterliebhaberin, Umweltschützerin, Tennisfan, Jazzmusikerin und der tiefen Überzeugung sein, dass es im All intelligente Wesen gibt, mit denen man sich ganz dringend verständigen muss – vorzugsweise auf englisch.“

Es gibt also viele Gemeinsamkeiten, auf denen wir Kommunikation zwischen Kulturen aufbauen können. Gerade in der produktiven Vielfalt der Menschen und ihrer gegenseitigen Anerkennung als gemeinsamer Reichtum liegt für mich der wesentliche Schlüssel zur Verständigung. Abschließend möchte ich noch einmal Amartya Sen zitieren:

„Die Chance auf Frieden in der heutigen Welt könnte sehr wohl davon abhängen, dass wir die Pluralität unserer Zugehörigkeiten erkennen und dass wir als gemeinsame Bewohner einer großen Welt von der Vernunft Gebrauch machen, anstatt uns gegenseitig unverrückbar in Schubladen zu stecken.“

Ein Satz, da bin ich mir sicher, der Moses Mendelssohn aus der Seele gesprochen hätte.





Dr. Michael Griesbeck | Vizepräsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

GRUSSWORT

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Forudastan, sehr geehrter Herr Dr. Röbbke.

Ich freue mich, Sie heute – auch im Namen unseres Präsidenten Dr. Schmid, der wegen eines Berlin-Termins leider nicht selbst anwesend sein kann, hier zur Fachtagung „Migrantenselbstorganisationen als Akteure der Zivilgesellschaft: Integrationsförderung durch Weiterbildung“ in Nürnberg begrüßen zu dürfen.

Migrantenselbstorganisationen sind wichtige Sprachrohre für die Interessen der Menschen, die sie vertreten. Spezifische Bedürfnisse, die in den Migrantengemeinschaften entstehen, erkennen Migrantenselbstorganisationen häufig als erste und reagieren mit entsprechenden Angeboten darauf, oft bevor staatliche oder andere zivilgesellschaftliche Einrichtungen aktiv werden. Die in Migrantenselbstorganisationen ehrenamtlich Tätigen erfüllen Brückenfunktion, sie sind Brückenmenschen.

Beides – die Vertretung von Interessen und die Bereitstellung von Angeboten – sind ganz zentrale Funktionen von Migrantenselbstorganisationen, die sie zu wichtigen Ansprechpartnern für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in seinen unterschiedlichen Arbeitsbereichen machen: Sei es als Träger von Integrationsprojekten, im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz oder bei der Mitarbeit an der konzeptionellen Entwicklung des Bundesweiten Integrationsprogramms. Vor diesem Hintergrund waren wir sehr gerne bereit, die Tagung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern und des Ins-

tituts für soziale und kulturelle Arbeit nicht nur zu unterstützen, sondern auch finanziell zu fördern.

Nicht nur in Bezug auf das Bundesamt, grundsätzlich lässt sich in den letzten Jahren feststellen, dass Migrantenselbstorganisationen bei der Gestaltung und Umsetzung der Integrationsförderung zunehmend wichtige Partner für Politik und Verwaltung werden. Dies zeigt sich an wachsenden Kontakten und konkreten Formen der Zusammenarbeit und nicht zuletzt an der Beteiligung von Migrantenselbstorganisationen an der Entwicklung des Nationalen Integrationsplans der Bundeskanzlerin. Dazu werden Sie ja heute Abend mehr von Frau Martini vom Arbeitsstab der Beauftragten hören.

Sicherlich kann man selbstkritisch anmerken, dass für die Kooperation zwischen Politik, Verwaltung und Migrantenselbstorganisationen als Akteuren der Integrationsförderung noch viel Entwicklungspotential besteht.

Aber das ist ja durchaus positiv: Es gibt einen großen Rahmen der Möglichkeiten, den es in den nächsten Jahren konkret auszugestalten gilt. Hierbei sind beide Seiten gefordert: Bund, Länder und Kommunen als diejenigen, die den Rahmen der Integrationsförderung setzen und Migrantenselbstorganisationen als Interessenvertreter der Migrantengemeinschaften in Deutschland.

Diese Tagung ist ein wichtiger Beitrag zur konkreten Ausgestaltung einer stärkeren Kommunikation und Kooperation zwischen Politik, Verwaltung und Migrantenselbstorganisationen. Vor diesem Hinter-

grund freut es mich sehr, hier heute das Grußwort halten zu dürfen und ich möchte den Veranstaltern der Tagung dafür danken, diesem wichtigen Thema ein Forum gegeben zu haben.

„Migrantenselbstorganisationen als Akteure der Zivilgesellschaft: Integrationsförderung durch Weiterbildung“ – aus meiner Sicht stellen sich dabei insbesondere zwei Fragen:

- 1) Wie können Migrantenselbstorganisationen dazu in die Lage versetzt werden, stärker als bisher als Träger von Integrationsangeboten zu agieren? Das ist der operative Aspekt.
- 2) Wie können Migrantenselbstorganisationen als diejenigen, die die Bedürfnisse und Ressourcen von Menschen mit Migrationshintergrund kennen und vertreten, stärker in die Entwicklung der Integrationsförderung eingebunden werden? Dies berührt die konzeptionelle Ebene.

Hier sind, denke ich, teilweise unterschiedliche Kompetenzen betroffen. Aspekte des Projektmanagements auf der einen und Aspekte der strategisch-konzeptionellen Arbeit auf der anderen Seite.

Gerade als Ansprechpartner für die konzeptionelle Arbeit brauchen wir als Bundesamt – aber dies gilt sicherlich auch für andere Akteure der Integrationsförderung auf Bundes- und Landesebene – Organisationen mit einem gewissen Grad an Professionalisierung und Größe. Ich weiß, dass dies für viele Migrantenselbstorganisationen, die ehrenamtlich geführt

werden, schwierig ist. Ich erhoffe mir von dieser Tagung jedoch auch zu diesem Thema Hinweise.

Die beiden Tage heute und morgen sollen insbesondere der gemeinsamen Erarbeitung von Handlungsperspektiven zur Entwicklung und Umsetzung von Weiterbildung von Migrantenselbstorganisationen dienen. Das Bundesamt erhofft sich hieraus natürlich auch Anregung für künftige Schwerpunkte der eigenen Arbeit.

Wichtig erscheint mir aber auch die Frage, wie wir über eine ja immer nur zeitlich begrenzt mögliche Förderung von Projekten zu diesem Thema hinaus einen langfristigen und nachhaltigen Beitrag dazu leisten können, Migrantenselbstorganisationen als Ansprechpartner von Politik und Verwaltung zu stärken. Letztlich könnten beide Seiten, davon bin ich überzeugt, hiervon nur profitieren.

Egal, ob wir nun über Projekte oder über Konzepte reden – es lohnt sich immer, die Erfahrungen und die Biographien der Menschen mit Migrationshintergrund einzubeziehen. Oft wird über Migranten gesprochen, aber nicht mit ihnen. Wir müssen mehr mit den Migranten sprechen und weniger über sie. Wir müssen ihre Potentiale nutzen und nicht immer nur die Schwierigkeiten sehen, die Integration mit sich bringt. Wir müssen sie einbeziehen und ihre Erfahrungen nutzen. Dazu wird auch dieser Tag einen Beitrag leisten.

In diesem Sinne wünsche ich uns eine interessante und vor allen Dingen ergebnisreiche Tagung.





ZIELE DER TAGUNG – EINE EINFÜHRUNG

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Mitglied des Arbeitskreises Migration/Integration des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement freue ich mich sehr, dass die heutige Tagung mit soviel Beteiligung unterschiedlicher Migrant*innenorganisationen stattfindet. Ich bin zuversichtlich, dass wir den im letzten Jahr in Oberhausen begonnenen bundesweiten Erfahrungsaustausch erfolgreich fortsetzen können. Unsere diesjährige Tagung beleuchtet die Bedeutung von Migrant*innenorganisationen für unsere Zivilgesellschaft aus unterschiedlichen Blickwinkeln, die durch die thematischen Arbeitsgruppen repräsentiert werden.

Diese Veranstaltung findet als Kooperation des Instituts für Soziale und Kulturelle Arbeit Nürnberg, dem bayerischen Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement statt.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) wurde 2002 vom Beirat des Internationalen Jahres der Freiwilligen gegründet und orientiert sich am Leitbild einer aktiven Bürgergesellschaft. Hier sind inzwischen über 200 Organisationen mit vielen Millionen Mitgliedern organisiert. Ziele sind:

- die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement zu verbessern,
- die Teilhabe und Eigenverantwortung von Bürgerinnen und Bürgern durch neue Möglichkeiten für ein gesellschaftliches Mitgestalten zu fördern

- als Fachforum für diese Prozesse zu fungieren und Impulse zu geben, etwa durch das Anregen und die Unterstützung von Praxisprojekten.

Die Arbeitsgruppe Migration/Integration des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement befasst sich mit Fragen des zivilgesellschaftlichen Engagements in der Einwanderungsgesellschaft. Als Mitglied dieser Arbeitsgruppe möchte ich Sie ganz herzlich zu dieser Veranstaltung begrüßen.

Unsere Arbeitsgruppe versteht sich als ein Aktionsbündnis, das dazu beitragen will

- bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migrant*innen zu fördern,
- dass dieses Engagement öffentlich und gesellschaftlich wahrgenommen und anerkannt wird,
- die Vernetzung von Migrant*innenorganisationen mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu verbessern,
- sowie die Weiterbildung und Qualifizierung von Migrant*innenorganisationen zu unterstützen.

Um dieses in die Tat umzusetzen, haben wir vor fast genau einem Jahr eine Tagung in Oberhausen durchgeführt, bei der die Migrant*innenorganisationen eine Plattform fanden, ihre Erfahrungen mit und ihre Bedarfe an die Weiterbildung zu diskutieren. Das Interesse an dieser Veranstaltung hat unsere Erwartungen weit übertroffen und deshalb wollen wir die dort angestoßenen Diskussionsprozesse fortsetzen.

Das „Wir“ in diesem Raum aus insgesamt 113 Teilnehmenden setzt sich wie folgt zusammen:

- Wir haben Vertreterinnen und Vertreter von 16 Dachverbänden hier, die Beratung und Weiterbildungsangebote für ihre Mitglieder bereithalten, wie zum Beispiel den Verband Spanischer Elternvereine.
- Wir haben 43 Repräsentantinnen und Repräsentanten der verschiedensten Migranteninitiativen (incl. Dachverbände) hier, die oder deren Mitglieder auch potentielle Nutzer von Bildungsangeboten sind, davon 27 Einzelinitiativen.
- Soweit ich das erkennen konnte, sind insgesamt 36 Bildungsanbieter an dieser Veranstaltung beteiligt. Die Spannbreite reicht von Initiativen und Projekten bis zu etablierten Organisationen, wie z.B. auch im letzten Jahr der Berliner Freiwilligenakademie.
- Darüber hinaus sind 34 Vertreterinnen und Vertreter von Kommunalverwaltungen, Wohlfahrtsverbänden, Stiftungen und der Politik in unserem Kreis, 4 Vertreter von Wirtschaftsorganisationen und 8 Teilnehmende von Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsinstituten.

Es ergibt sich ein für dieses Feld typisches Bild der Verschränkungen von Nutzern, Multiplikatoren, Anbietern und Fördernden. Damit wir diese Unterschiedlichkeit bei unseren weiteren Diskussionen produktiv nutzen können, plädiere ich dafür, zu berücksichtigen, welche Perspektive uns zu Grunde liegt, und bei den Diskussionsbeiträgen kurz auf den jeweiligen Hintergrund zu verweisen.

Der indische Wissenschaftler und Nobelpreisträger Amartya Sen hat in seinem Artikel in der Wochenzeitung DIE ZEIT am 6. Dezember 2007 hervorgehoben, es sei ein zentrales Kriterium gelungener moderner Gesellschaft, ob sich Menschen, durch Bildung gefördert, aktiv an der Zivilgesellschaft beteiligen können und eben nicht auf diejenigen Traditionen festgelegt bleiben, in die sie zufällig hineingeboren wurden. Unser Sein oder unsere Identität leite sich vielmehr aus unterschiedlichen Faktoren her, wie etwa dem Geschlecht, der Bildung, den Berufen, der Sprache, der Kunst, der Wissenschaft und nicht zuletzt der Politik. Diese Überlegungen verweisen auf die Bedeutung der Vielfalt von Migrantenorganisationen. Finden wir doch besonders hier einen bunten Strauss unterschiedlichster Zusammenschlüsse, die im Verlauf ihrer Entwicklung ihre Ziele und Aufgaben kontinuierlich weiter entwickelten.

Ein zentraler Punkt unserer Diskussion in Oberhausen war die Frage, wie der Heterogenität der Migrantenorganisationen durch geeignete Weiterbildungsangebote gerecht zu werden ist. Es bestätigte sich, dass Migrantenorganisationen keine festen oder gar statischen Gebilde sind, sondern sich im Verlauf der Zeit verändern, wie sie eben auch durch die biografischen Erfahrungen ihrer Mitglieder geprägt sind. Ein anderer Strang der Diskussion betonte, dass in Migrantenorganisationen – auch wenn sie sich nicht primär aus diesem Grund zusammenfinden – auf unterschiedlichste Art und Weise gelernt wird. Einerseits durch das Lösen alltäglicher Handlungsprobleme, andererseits durch die Inspiration der Sichtweisen anderer auf die jeweils relevanten Themen der Gruppen und des eigenen Lebens.

Hierauf verweisen auch die Ergebnisse der Forschung im Rahmen meiner Dissertation. Die Ergebnisse dieser rekonstruktiven Untersuchung von sechs bürgerschaftlichen Initiativen veranschaulichen, wie eng das Lernen in den Initiativen und die Entwicklung der Organisationsprozesse der Gruppen davon abhängen, wie die Akteure mit ihrer internen Heterogenität umgehen. Einerseits, so lässt sich zusammenfassen, muss in den Initiativen ein gewisses Maß an Homogenität und verbindender Erfahrungsdimension vorhanden sein. Sonst wäre es kaum möglich, sich auf gemeinsame Ziele und Visionen zu verständigen. Andererseits ist nicht eine Vereinheitlichung oder fortwährende Selbstbestätigung dieser Erfahrungen ein zentraler Baustein für die produktive Bewältigung der alltäglichen Herausforderungen, sondern gerade die anerkennende Auseinandersetzung mit anderen Perspektiven, die sich etwa aus unterschiedlichen Generationenlagen, Geschlechtszugehörigkeiten oder verschiedenen Berufen ergeben können. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen, die uns im Alltag oft genug als nervtötende Reibungen begegnen, können Lernerfahrungen entstehen, die ohne die jeweils anderen nicht zu denken sind, und somit auch als kollektive Erfahrungen zu charakterisieren sind.

Drei Schwerpunkte unserer Diskussionen in Oberhausen wollen wir auf dieser Tagung durch vertiefende Fachvorträge aufgreifen: Zum einen geht es um die zentrale Bedeutung von Migrantenorganisationen bei den Prozessen der Integration und der Partizipation ihrer Mitglieder an unserer Gesellschaft, zum Ande-

ren um die Frage, wie eigentlich Weiterbildungskonzepte aussehen sollten, die der Heterogenität von Migrantenorganisationen und ihrer Mitglieder gerecht werden. Ich freue mich sehr, dass wir für diese beiden Themenfelder Prof. Dr. Thränhardt und Prof. Dr. Weiss als Referenten gewinnen konnten. Der dritte Punkt kommt als politische Dimension ins Spiel. Im vergangenen Jahr wurde der Nationale Integrationsplan auf den Weg gebracht. Das BBE, vertreten durch den Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein und die Sprecherin der Arbeitsgruppe Migration/Integration, Susanne Huth, hat nicht zuletzt vor dem Hintergrund der positiven Erfahrungen unserer letztjährigen Tagung eine freiwillige Selbstverpflichtung abgegeben, dass sich das Bundesnetzwerk auch zukünftig als eine Plattform für die Abstimmung von Migrantenorganisationen mit deutschen Vereinen und Verbänden zur Verfügung stellt. Hier reiht sich auch diese Veranstaltung ein.

Der den heutigen Tag abschließende Vortrag und die folgende Diskussion stehen im Zeichen der Frage, welche Konsequenzen der Nationale Integrationsplan für die Weiterbildung von Migrantenorganisationen mit sich bringt. Dr. Martini ist Mitarbeiterin des Arbeitsstabes der Beauftragten der Bundesregie-

rung für Migration, Integration und Flüchtlinge und Mitglied unseres Arbeitskreises. Sie wird auf diese Frage Bezug nehmen und darüber hinaus gemeinsam mit Frau Meggi Khan von der Organisation Camino gGmbH die Ergebnisse von zwei Expertisen vorstellen, die sich mit der Qualifizierung von Migrantenorganisationen und der interkulturellen Öffnung von Organisationen im bürgerschaftlichen Engagement beschäftigt haben.

Die Themen der Arbeitsgruppen greifen ebenfalls auf die Diskussionen unserer Tagung in Oberhausen zurück. Hier sind kurze Inputreferate geplant, und es soll ausreichend Zeit und Gelegenheit zur Diskussion miteinander geben. Mit der abschließenden Talkrunde zum Thema „Integration: Herausforderungen für Politik und Zivilgesellschaft“ wollen wir dann den Kreis zu unserem Tagungsthema wieder schließen. Abschließend möchte ich mich ganz herzlich bei meiner Kollegin Dr. Elke Olbermann bedanken, die unser Tagungsprogramm auf den Weg gebracht hat, bei Regina Vierkant für die Organisation und bei Torsten Groß vom Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit in Nürnberg (ISKA), der die Organisation vor Ort in die Hand genommen hat.





Prof. Dr. Dietrich Thränhardt
Universität Münster

INTEGRATION – EINE ZWISCHENBILANZ

Ich beginne mit einem Wunder, dem Wunder von Kreuzberg, wie die Süddeutsche Zeitung am 3. Mai 2005 titelte. Sie können sich vielleicht erinnern, dass es in Kreuzberg am Vorabend des 1. Mai über Jahre regelmäßig eine Straßenschlacht gab. Das Geschehen war ritualisiert. Die Polizei hatte ihre Rolle, die Leute, die die Autos anzündeten, hatten ihre Rolle. In einem Jahr sperrte die Polizei die U-Bahn, um die Krawalle zu behindern. Das half nicht. Erst als die Polizei mit den Kreuzberger Organisationen zusammenarbeitete – Einheimischen ebenso wie Zuwanderern, erst als man zusammen ein großes Fest feierte und die älteren Leute im Stadtteil beruhigend auf die Jüngeren einwirkten, hörte der Krawall auf. In der Folge veränderte dieser Erfolg dann auch insgesamt die Atmosphäre in Kreuzberg.

Mit diesem Beispiel möchte ich zunächst darauf hinweisen, dass Engagement Wirkungen haben kann. Meine zweite Beobachtung aber ist, dass dieses Wunder von Kreuzberg inzwischen wieder vergessen ist. Denn wir finden das normale Zusammenleben ja selbstverständlich. Wir würden uns aufregen, wenn es wieder diese Straßenschlachten gäbe, wenn es irgendwelche schlimmen Ereignisse gäbe. Unser Mediensystem funktioniert so, dass *bad news good news* sind, die sich gut verkaufen. Das Positive wird schnell vergessen. Insgesamt gibt es sehr viel Engagement in Deutschland – auch von Einwanderern. Wir haben aber relativ wenig positive Berichte darüber, sehr wenige realistische Berichte, und das verdeckt viele positive Ansätze.

Jeder Nationalstaat produziert Abgrenzungen, jedes soziale Gebilde produziert Abgrenzungen. Ich

zitiere etwas provokativ den französischen Philosophen Ernest Renan aus dem 19. Jahrhundert: „Eine Nation ist eine Gruppe von Menschen, die durch Missverständnisse über die Vergangenheit und den Hass auf ihre Nachbarn zusammengehalten wird.“ Heute beziehen sich Ausgrenzungsdiskurse nicht mehr auf Deutschland und Frankreich wie im 19. Jahrhundert, sondern auf Europa oder den „Westen“ im Unterschied zur übrigen Welt. Unser neues positives Selbstbild lautet: Europa ist die Heimat der Menschenrechte. Die deutschen Frauen, die europäischen Frauen sind gleichberechtigt. In Europa sind wir außerordentlich tolerant. Wir vergessen mit einem derart positiven Selbstbild einiges über unsere Fehler und Schwächen und über unsere Vergangenheit.

Auf der anderen Seite schreiben wir in der Öffentlichkeit bestimmten Gruppen von Zuwanderern negative Eigenschaften zu. Sie gelten als intolerant. Insbesondere werden dem Islam intolerante Eigenschaften zugeschrieben. Dieser Diskurs ist allgegenwärtig. Wir vergessen dabei – und Kardinal Meißner hat uns mit seiner Bemerkung über „Entartung“ wieder daran erinnert –, dass es auch in einheimischen Gruppen einige Toleranzprobleme gibt. Beispielsweise gibt es in Deutschland eine sehr mitgliederstarke, große religiöse Organisation, die Katholische Kirche, die ihren Funktionsträgern das Heiraten verbietet. Falls doch Kinder entstehen, wird den Priestern die Kontaktaufnahme verboten. Die Toleranz ist also auch bei uns nicht unbegrenzt.

Verklärung des Eigenen und Abwertung von Fremdem – das gehört zum Nationalstaat, das gehört zu

sozialen Prozessen. Wir müssen immer wieder damit rechnen, und auch vieles Wohlgemeinte kann dazu führen, dass solche Unterschiede dann immer wieder sehr stark akzentuiert werden. Wir sind in dieser Hinsicht immer gefährdet. Auch in sehr linken und fortschrittlichen Kreisen sollen gelegentlich Vorurteile vorkommen, ebenso wie bei guten Christen. Es kommt darauf an, die notwendige Balance zu halten, die Dinge realistisch zu sehen und auch die entsprechenden Schlüsse zu ziehen.

Diese Gefährdung bezieht sich auch auf die Wissenschaft, und auch im wissenschaftlichen Diskurs ist es leider so, dass simple Horrornachrichten sich besser verkaufen und den Diskurs dominieren, auch wenn Generationen von Wissenschaftlern anschließend damit beschäftigt sind, derart kontroverse Thesen zu widerlegen. Das gilt für den „Clash of Civilizations“, den Kulturkonflikt von Huntington. Dazu gibt es unzählige Bücher. Sogar der ehemalige Bundespräsident Herzog hat dazu eine Entgegnung geschrieben. Es gibt das neue wichtige Gegenbuch von Amartya Sen, dem indisch-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler, in dem er Huntington ad absurdum führt, indem er beschreibt, dass das, was Huntington hinduistische Zivilisation nennt, also Indien, bis vor kurzem als Ministerpräsidenten einen Sikh hatte und als Präsidenten einen Moslem. Zur Zeit ist die Präsidentin Indiens eine Frau, und auch das erfüllt nicht unbedingt die Klischees von Huntington. Gleichwohl ist Huntingtons Diskurs in den westlichen Gesellschaften seit dem 11. September vielfach dominant.

Wir haben auch parallele Erscheinungen in Deutschland. Das gilt etwa für die Erfindung der Parallelgesellschaft durch Wilhelm Heitmeyer im Jahr 1996. Dieser Begriff ist inzwischen ebenfalls abgearbeitet und genau untersucht worden. Halm und Sauer haben den Begriff empirisch aufgedröselte und dann exakt nachgewiesen, dass in Deutschland diese angebliche Parallelgesellschaft nur in Spurenelementen existiert. Wir verfügen auch über andere Untersuchungen, die zeigen, dass es in Deutschland weniger räumliche Segregationen gibt als in vielen Nachbarstaaten. Auch hier ist der öffentliche Eindruck ein anderer als der, den man durch exakte Studien erkennt. Strohmeier hat für das Ruhrgebiet nachgewiesen, dass es wenig ethnische, aber viel soziale Segregationen gibt, und dass dieselben Stadtstrukturen, die

schon vor 70 Jahren existiert haben – reiche Viertel, arme Viertel, bürgerliche Viertel, Arbeiterviertel mit wenig Bildungschancen –, noch immer da sind. Nur die Herkunft der Bevölkerung hat sich verändert. Der Kern der Ausgrenzung ist also sozialer Art und nicht xenophober Art.

Wir finden den Negativdiskurs auch in der Kunst. Er beginnt mit Fassbinders erstem großen Migrationsfilm „Angst essen Seele auf“. In diesem Film schauen sich die Protagonisten immer sprachlos und böse an. Durch den ganzen Film hindurch regnet es. Fassbinder hat ganz einfache Mittel eingesetzt. Der Eindruck ist sehr stark, fotografiert wird immer durch Türen. Dadurch wird ein Fremdheitseffekt erzeugt.

Dieser Film – und ich könnte jetzt eine Menge paralleler Literatur und paralleler Filme dazu anführen – hat ein Negativbild des armen ausgegrenzten Ausländers erzeugt, das erst in den letzten Jahrzehnten verändert worden ist. Heute haben wir ja sehr viel interkulturelles Kabarett. Es gibt auch eine neue Filmtradition, und die neuen ironisch-multikulturellen Filme von Fatih Akin nehmen englische Traditionen auf – ein interessanter Kulturimport. Die alten Klischees aber wirken fort. Sie waren gut gemeint, haben sich aber sehr negativ ausgewirkt.

In der Wissenschaft wird vielfach behauptet, dass die Gruppenbildung von Migranten entweder herkunftsbezogen und damit integrationshemmend oder Deutschland-bezogen und damit integrationsfördernd sei. Auch das ist im öffentlichen Diskurs sehr stark anwesend. Empirisch kann man zeigen, dass das falsch ist. Ich selbst habe die spanische Gemeinschaft in Deutschland untersucht, eine faszinierende Geschichte. Die Spanier in Deutschland haben mit den Deutschen eine extrem hohe Rate von 80 % Eheschließungen miteinander. Das bedeutet, dass vier Fünftel der nächsten Generation nach unseren Kriterien Deutsche sind, auch sozial nicht irgendwie auffallend. Diese sehr positive Integrationsgeschichte hat stattgefunden, sie wird aber in der Öffentlichkeit kaum mehr wahrgenommen. Neuere Untersuchungen nehmen die Spanier als Gruppe gar nicht mehr ins Visier, weil sie eben zahlenmäßig in der deutschen Statistik kaum mehr präsent sind. In der spanischen Statistik sind die Deutschland-Spanier noch da, denn sie sind auf Grund ihrer Herkunft aus binationalen Ehen ja meistens Doppelstaatler.

Die spanische Gemeinschaft war eine Gruppe, die mit einer hohen Analphabetenquote einwanderte, mit weniger Facharbeitern als in anderen Gruppen, und die eine sehr intensive Bildungsarbeit betrieben hat, Elternarbeit, Informationen der Eltern über das schwierige deutsche Schulsystem mit seiner frühen Teilung (es ist ja international fast einmalig und macht es eben gerade Migranten schwer), Informationen und Trainings über Erziehung und nachhaltige Hausaufgabenhilfe. Ich kenne spanische Gruppen, die jedes Jahr wieder um die Finanzierung dieser Hausaufgabenhilfe kämpfen mussten. Hier kommt es also auf Nachhaltigkeit an, auf feste Strukturen, an denen sich die Einwanderer und die Einheimischen orientieren können. Eine Gefahr unseres ganzen Projektwesens ist ja, dass solche Projekte immer nur kurzfristig finanziert werden und dann wieder abbrechen.

Ein zweites Beispiel sind die Aleviten aus der Türkei, die sich in Deutschland, als die Kulturalisierungswelle in den 1990er Jahren lief, nicht mehr als säkulare Einwanderer verstanden haben, sondern ihre alevitische Identität in Deutschland neu entdeckt haben. Diese Gruppe hat dann eine sehr starke und erfolgreiche Einbürgerungspolitik betrieben. In einem zweiten Schritt, als die gewaltsamen Konflikte in der Türkei in den 1990er Jahren aufbrachen, kümmerte sich die alevitische Gemeinschaft dann auch wieder um ihre Glaubensgenossen in der Türkei. Diese Bemühung um das Herkunftsland und das Einwanderungsland ist nichts Kriminelles, nichts Negatives, sondern es ist etwas Positives.

Ich möchte etwas zur spanischen Gruppe hinzufügen: Der Bildungserfolg ist da, die sozialen Daten sind sehr gut, aber es gibt gleichzeitig sehr viel Rückwanderung. Da geht es also um Leute, die sich in beiden Ländern bewegen können, und das ist ja auch, was wir wollen. Wir geben ja sehr viel Geld aus, damit unsere Eliten als Studenten oder als Forscher nach Amerika gehen. Es ist also völlig normal und auch wünschenswert, wenn man sich in mehreren Sprachräumen ohne Probleme bewegen kann, wenn man frei ist, dorthin zu gehen, wo man will. Und das gilt natürlich auch für Migranten – und besonders für Migranten, die sogar mehrere Sprachen (denken Sie z.B. an die Kurden) mitbringen.

Die Bemühung um mehr soziales Kapital muss ständig weiter gehen. Es gibt nicht die automatische Lö-

sung, dass man das sozusagen im Kasten hat. Stillstand ist Rückschritt, wie ein deutsches Sprichwort sagt. Sie wissen, dass das auch für die deutsche Erziehungslandschaft gilt. Man kann auch wieder etwas verlieren. Bei der Beziehungsarbeit wird Energie gebraucht, Zeit, Geld.

Soziales Kapital ist produktiv und kann vielfach in ökonomisches und politisches Kapital transferiert werden. Wichtig ist, dass es bestimmte definierte Ziele gibt. Nicht jede Vereinsmeierei ist nützlich. Die Feuerwehr ist nützlich, weil sie das Feuer bekämpft. Sie hat auch soziale Aspekte. Beides ist harmonisch verknüpft und motiviert die Freiwilligen. Nicht jeder Verein ist per se wertvoll, sondern es kommt auch auf die Zielgebung an. Die beiden Gruppen, die ich als Beispiel genannt hatte, haben sich sehr bemüht, ihre Ziele zu definieren und zu erreichen.

Die Frühzeit bei der spanischen Gruppe war dadurch bestimmt, dass die Spanier unbedingt ihre Kinder in den allgemeinen öffentlichen Unterricht bekommen wollten, und viele deutsche Stellen versucht haben, dies zu torpedieren, weil man damals noch die Idee hatte – vor allem in Bayern – Parallelschulen zu errichten. Ich kenne spanische Gruppen, die ein Schulamt besetzt haben, um die Integration durchzusetzen oder entsprechend Abmeldungsaktionen gemacht haben, bis die Sondergruppe zu klein war.

Soziales Kapital ist in Netzwerken organisiert. Untersuchungen von Bourdieu über Frankreich zeigen, dass es besonders die Einheimischen sind, die in diesen Netzwerken vertreten sind, vor allem die Oberschichten und die oberen Mittelschichten. Der Rotary-Club ist so ein Beispiel. Ich habe vor kurzem gehört, dass es bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bonn einen eigenen Rotary-Club gibt. Da findet man sich also zusammen und leistet Beziehungsarbeit. Interessant ist dabei, dass in Deutschland dem Rotary-Club nur Männer angehören können, ganz im Gegensatz zu unserer progressiven Gleichstellungspolitik.

Migranten haben Schwierigkeiten in diese Netze hineinzukommen. Das ist ein Akt, der geleistet werden muss. Es braucht Vermittlungsarbeit. Es gibt das persönliche Netzwerk. Wenn man wie Helmut Kohl stabil immer in Ludwigshafen gelebt hat, dann ist dieses persönliche Netzwerk oder ein Teil dieses Netzwerkes

immer konstant, und man hat die Chance, noch viele andere zusätzliche Netzwerke aufzubauen. Wenn man aber migriert, dann muss man Netzwerke nach allen Richtungen neu schaffen und sich diese Ressourcen erschließen. Von daher sind Beziehungsarbeit und Nachhaltigkeit immer sehr wichtig.

Migrationsbezogene Netzwerke kann man in drei Aspekten betrachten. Da ist einmal die wandernde Gruppe. Ihr sozialer Zusammenhalt ist ausgesprochen wichtig. Man kann kulturelle Innovation, kulturelle Veränderung, Adaption am besten innerhalb dieser Gruppe transportieren und weitergeben, weil die Problemlage, das zu Lernende ja ähnlich ist. Von daher ist jedenfalls in der ersten Generation dieser Gruppenzusammenhalt sehr wichtig. In der erwähnten spanischen Gruppe gibt es eine sehr hohe Organisationsrate – im Unterschied etwa zur italienischen Gruppe, wo der Bildungserfolg bis heute sehr niedrig ist. Es kommt also nicht nur auf die vernünftigen Ziele der Gruppe an, sondern auch auf ihre Dichte.

Zweitens gibt es die Vernetzung der Gruppe mit ihrer neuen Umgebung. In bestimmten Bereichen gestaltet sich das relativ einfach. Wenn man die gleiche Konfession hat, dann kann eine solche Integration in der katholischen Kirchengemeinde stattfinden. Wenn es institutionelle Gräben gibt, ist das schwieriger. In diesem Zusammenhang ist auch kulturelles Kapital wichtig, das unter Umständen wertlos wird oder sogar kontraproduktiv sein kann.

Der dritte Aspekt ist die Vernetzung der Gruppe mit ihrer Heimat. Sie kann zu Adaptionen führen, denn auch die Heimat verändert sich ständig. Sie kann Rückwanderungs- und Optimierungsprozesse auslösen, etwa bei der Übertragung von Verfahren oder Erkenntnissen oder bei Investitionen. Sie kann allerdings auch Irrealitäten vermitteln, die die Integration in der neuen Umgebung behindern.

Vernetzungsprozesse müssen ständig stattfinden. Die Schaffung von sozialem Kapital ist ein ständiger Arbeitsprozess, der nie zu Ende geht, sondern immer fortgeführt werden muss.

Das zivilgesellschaftliche Engagement hat sehr viele Facetten. Der ehemalige Bundespräsident Rau hat zusammen mit der Bertelsmann-Stiftung eine gro-

ße Aktion zum zivilgesellschaftlichen Engagement veranstaltet, die die Bertelsmann-Stiftung fünf Jahre später noch einmal evaluiert hat. Wir waren damals in der Auswertungsgruppe total davon fasziniert, wie viele und wie vielfältige Initiativen in Deutschland existieren. Die Göttinger Gärten waren damals ein Modell, sehr viele Bildungseinrichtungen, Sportvereine, kulturelle und soziale Initiativen. Die Veranstaltung mit ihren Preisen war ein großer Erfolg, ein großer Eindruck. Es gibt auch ein schönes Buch dazu. Es gab eine Fernsehsendung. Aber auch hier, ich will das noch mal wiederholen, hatte ich den Eindruck, dass die Öffentlichkeit dann das Gute wieder ein bisschen vergessen hat, vor allem wenn Aktivisten wie Ministerpräsident Koch aktiv werden.

Ein entscheidendes Moment ist auch die endgültige und stabile Verankerung in der neuen Gesellschaft. Ich glaube deswegen, dass die Einbürgerung ganz entscheidend ist. Wir wissen – das ist auch wieder ein politischer Konflikt –, dass die Tolerierung der mehrfachen Staatsangehörigkeit dabei der entscheidende Faktor ist, gerade für die Einwanderer aus der Türkei. Es ist heutzutage realistisch, dass man nach Deutschland einwandert und später wieder zurückgeht. Die Türkei ist ein enorm aktives, wirtschaftlich sich sehr schnell veränderndes Land. Ich habe dasselbe Phänomen in Vietnam gesehen. Jemand, der nach Deutschland eingewandert ist, hat guten Grund, seine alte Staatsangehörigkeit zu bewahren, nicht nur aus identitären Gründen, sondern auch aus instrumentellen Gründen. Und gerade für Deutschland ist es sehr wichtig, dass es eine Gruppe von Leuten gibt, die sich in verschiedenen Ländern zu Hause fühlt und die Transfertätigkeiten machen kann. Ich kenne beispielsweise eine Vietnamesin, die für den deutschen TÜV in Vietnam arbeitet. Vietnam braucht den TÜV, um Zulassungen für Waren für die europäischen Märkte zu bekommen. Der TÜV expandiert in Asien. Er braucht Leute, die beide Sprachen, beide Gesellschaften kennen. Hier wird dann kulturelles in materielles Kapital verwandelt.

Einbürgerung vermittelt außerdem Zugehörigkeit, nicht nur die Möglichkeit zu wählen, sondern die volle Zugehörigkeit. Wir wissen, dass viele Oberschichtmitglieder mehrere Staatsangehörigkeiten hatten. Der ehemalige FDP-Justizminister Schmidt-Jortzig hat immer den bekannten Prinzen von Hannover zi-

tiert, dessen Kinder aus erster Ehe fünf Staatsangehörigkeiten besaßen, drei von ihm geerbt und zwei weitere von seiner Frau. In der Realität entsteht daraus kein Problem.

Ich glaube, entscheidend kommt es auch darauf an, dass die islamische Religion in Deutschland den gleichen Stellenwert bekommt wie die christliche, dass also eine Parallelität der Anerkennung entsteht. Bisher haben wir einen türkischen Staatsislam, der die Hauptrolle im Islam in Deutschland spielt. Das mag eine gute Übergangskonstruktion gewesen sein. Der frühere Innenminister Zimmermann hat vor 25 Jahren mit der türkischen Militärregierung einen Import von Imamen für fünf Jahre vereinbart. Das ist aber keine Lösung auf Dauer.

Lassen Sie mich schließen mit einem Wort von Max Frisch: „Demokratie heißt sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen.“ Das muss gründlich geschehen, das muss nachhaltig geschehen.

Literatur:

Bertelsmann Stiftung Hg. 2003: „Auf Worte folgen Taten. Gesellschaftliche Initiativen zur Integration von Zuwanderern“, Gütersloh.

Huntington, Samuel 2002: „Kampf der Kulturen. Zur Neugestaltung der Westpolitik im 21. Jahrhundert“, München.

Puskeppel, Jürgen/Thränhardt, Dietrich 1990: „Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger. Perspektiven der Beratung und Sozialarbeit, der Selbsthilfe und Artikulation und der Organisation und Integration der eingewanderten Ausländer aus den Anwerbestaaten in der Bundesrepublik Deutschland“, Freiburg.

Rau, Johannes 2000: „Ohne Angst und ohne Trümeereien, Gemeinsam in Deutschland leben“, <http://egora.uni-muenster.de/FmG/fremdenfeindlichkeit/m1201.shtml>.

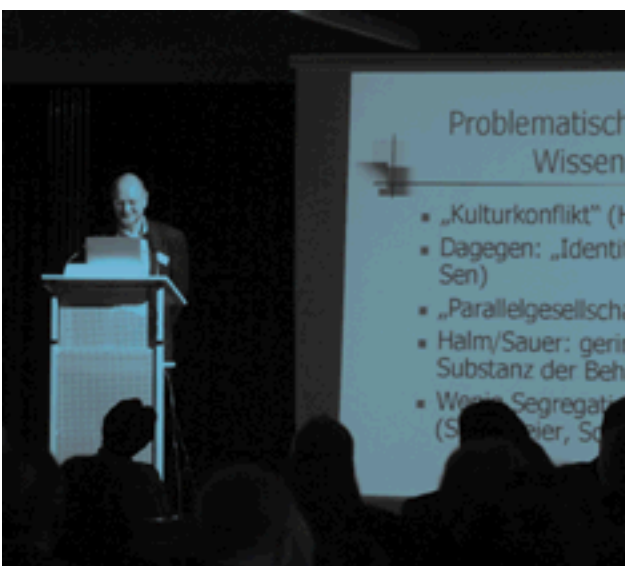
Sökefeld, Martin 2005: „Integration und transnationale Orientierung. Alevitische Vereine in Deutschland“, in: Weiss/ Thränhardt 2005, S. 47-68.

Strohmeier, Klaus-Peter 2006: „Segregation in den Städten“, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Thränhardt, Dietrich 2001: „Einwanderkulturen und soziales Kapital. Eine komparative Analyse“, in: Thränhardt, Dietrich/Hunger, Uwe Hg.: „Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel“, Münster, S. 15-52.

Thränhardt, Dietrich Hg. 2008: „Entwicklung und Migration“, Münster.

Weiss, Karin/Thränhardt, Dietrich Hg. 2005: „Selbst-Hilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen“, Freiburg.



KONSEQUENZEN DES NATIONALEN INTEGRATIONSPLANS FÜR DIE WEITERBILDUNG VON MSO

Unser Land blickt auf eine lange und prägende Migrationstradition mit vielen Beispielen gelungener Integration zurück. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden Millionen deutscher Flüchtlinge und Vertriebener integriert. Später fanden über vier Millionen Aussiedlerinnen und Aussiedler Aufnahme. Mehr als fünf Jahrzehnte sind seit der ersten Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte vergangen. In den späteren Jahrzehnten kamen Millionen Menschen als Familienangehörige oder aus humanitären Gründen in unser Land.

Heute leben 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Das ist nahezu jeder fünfte Einwohner unseres Landes. In einigen deutschen Großstädten wird 2010 mehr als die Hälfte der Bevölkerung unter 40 Jahren einen Migrationshintergrund haben.

Die Bundesregierung betrachtet Integration als zentrale Zukunftsaufgabe. Sie geht dabei neue Wege, die neue Chancen eröffnen. Sie orientiert sich dabei an zwei Leitlinien:

1. Integration lässt sich nicht verordnen, sondern muss gelebt werden. Sie erfordert zum einen die Bereitschaft der Zugewanderten, sich auf ein Leben in unserer Gesellschaft einzulassen, unser Grundgesetz und unsere Rechtsordnung zu akzeptieren und unsere Sprache zu lernen. Von der Gesellschaft sind Toleranz, Akzeptanz und Respekt gefordert. Ein Miteinander entsteht, wenn Menschen sich heimisch fühlen, wenn sie teilhaben an der Gesellschaft, im Beruf wie im Privaten, und wenn sie Anerkennung für ihre Leistungen

erfahren. Deshalb arbeitet die Bundesregierung direkt mit Menschen aus Zuwandererfamilien und mit Migrantenorganisationen zusammen. Die gemeinsame Zukunftsgestaltung kann nur im Dialog gelingen.

2. Der Staat kann die gesamtgesellschaftliche Aufgabe Integration nicht allein erfüllen. Integration gelingt nur, indem jede und jeder – Zugewanderte wie Einheimische – praktisch und konkret Verantwortung übernimmt.

Die zentrale Querschnittsaufgabe Integration muss auf allen Ebenen, in allen Politikfeldern und vom Staat und der gesamten Gesellschaft gemeinsam bearbeitet werden. Deshalb hat die Bundeskanzlerin im Sommer 2006 erstmals Vertreterinnen und Vertreter aller staatlichen Ebenen, der Kommunen, der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Stiftungen und Wohlfahrtsverbände, des Sports, der Kultur, der Medien und der Wissenschaft zu einem ersten Nationalen Integrationsgipfel eingeladen. Erstmals saßen die Migrantinnen und Migranten selbst als Akteure von Integrationspolitik mit am Tisch.

In Arbeitsgruppen wurden Bestandsaufnahmen, Zielvorgaben und konkrete Maßnahmen und Selbstverpflichtungen zu folgenden zehn Themenfeldern vereinbart:

- Integrationskurse verbessern
- Von Anfang an die deutsche Sprache fördern
- Gute Bildung und Ausbildung sichern, Arbeitsmarktchancen erhöhen

- Lebenssituation von Frauen und Mädchen verbessern, Gleichberechtigung verwirklichen
- Integration vor Ort unterstützen
- Kulturelle Vielfalt leben; interkulturelle Kompetenzen stärken
- Integration durch Sport; Potenziale nutzen, Angebote ausbauen, Vernetzung erweitern
- Medien; Vielfalt nutzen
- Integration durch bürgerschaftliches Engagement und gleichberechtigte Teilhabe stärken
- Wissenschaft; weltoffen.

Beim zweiten Integrationsgipfel am 12. Juli 2007 wurde der Nationale Integrationsplan verabschiedet. Der Plan enthält rund 400 Maßnahmen und Selbstverpflichtungen von staatlicher und nicht-staatlicher Seite, darunter rund 50 von den Migrantenverbänden.

Im Themenfeld 9 „Integration durch bürgerschaftliches Engagement und gleichberechtigte Teilhabe stärken“ haben unter Leitung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über 30 Verantwortliche staatlicher und nicht-staatlicher Organisationen daran mitgewirkt, grundsätzlich Positionen zur Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für die Integration zu formulieren.

Ausgehend von der generellen Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die persönliche Entwicklung, wird bürgerschaftliches Engagement als Katalysator für Integration beschrieben: „Es wirkt identitätsstiftend und stärkt die Handlungskompetenz. Deshalb hat bürgerschaftliches Engagement eine besondere Katalysatorfunktion auch für die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund.“ (NIP 2007)

Zwei zentrale Ziele für weiteres politisches Handeln formuliert der Integrationsplan:

Zum einen sollen sich die Organisationen im bürgerschaftlichen Engagement für die Teilhabe von Menschen aus Zuwandererfamilien öffnen. Im Nationalen Integrationsplan haben sich deshalb Vereine und Verbände wie auch Bund, Länder und Kommunen mit Selbstverpflichtungen zur interkulturellen Öffnung im bürgerschaftlichen Engagement eingebracht.

Zweitens sollen Migrantenorganisationen als gleichberechtigte Partner anerkannt und ihre Partizipation an Programmen, Maßnahmen und Fördermitteln im bürgerschaftlichen Engagement erreicht werden. Hervorzuheben ist der im Nationalen Integrationsplan erreichte Konsens darüber, dass Migrantenorganisationen anerkannter Teil der vielfältigen Landschaft bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland sind. Migrantenorganisationen sind Sprachrohre für die Anliegen von Menschen aus Zuwandererfamilien. Und sie dienen oft als Brücke in die Gesellschaft.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Prof. Maria Böhmer, hat zwei Expertisen in Auftrag gegeben, die Aufschluss über den Stand der interkulturellen Öffnung im bürgerschaftlichen Engagement sowie zum Stand der Qualifizierung von Migrantenorganisationen für die Teilhabe an Programmen und Maßnahmen im bürgerschaftlichen Engagement geben.

Bislang partizipieren Migrantenorganisationen kaum an staatlichen Programmen und Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Aufgrund ihrer Größe, Reichweite, und geringen personellen und finanziellen Kapazitäten erfüllen sie meist nicht die Kriterien für die Teilnahme an Programmen oder Trägerschaften zum Beispiel der Freiwilligendienste, der Kinder- und Jugendhilfe, der politischen Bildung etc.

Aus den Expertisen geht hervor, dass zwar zunehmend einschlägige Qualifizierungsmaßnahmen für Migrantenorganisationen angeboten werden, diese aber oft zu unspezifisch und in zeitlicher wie auch finanzieller Hinsicht zu aufwändig für die fast ausschließlich ehrenamtlich tätigen Vertreter aus Migrantenorganisationen sind. Bewährt hat sich in Nordrhein-Westfalen eine kontinuierlich bereit stehende Beratungsstelle, die sowohl für Einzelfragen zur Verfügung steht als auch bedarfsgerechte Publikationen und Seminare anbietet.

Bewährt haben sich auch Maßnahmen im Bereich der Programmgestaltung zur Förderung der Teilhabe von Migrantenorganisationen. In den Bundesländern gibt es positive Erfahrungen mit der Änderung oder Ergänzung von Fördergrundsätzen, die eine Qualifizierung durch Beteiligung von Migrantenorganisati-

onen zum Ziel haben. Zum Beispiel werden einschlägige Richtlinien erlassen, die Programmbeteiligung in Form von „Tandems“ gefordert, Zeitspenden als Eigenanteil an der Projektförderung angerechnet, oder es erfolgt eine Anschubfinanzierung z.B. aus Stiftungen.

Die Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements von und mit Menschen aus Zuwandererfamilien und ihren Organisationen ist mit dem Nationalen Integrationsplan ein großes Stück vorangekommen. Jetzt bedarf es der konkreten Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen und Selbstverpflichtungen.

Die Bundesregierung hat nicht zuletzt mit den gesetzlichen Änderungen zu den Freiwilligendiensten, mit der Erstellung der Expertisen und den daraus folgenden Maßnahmen konkrete Schritte eingeleitet.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement hat mit seiner zweiten Tagung zu Migrant*innenorganisationen im bürgerschaftlichen Engagement erneut eine Plattform für den Austausch zwischen dem Vereins- und Verbandswesen und den Migrant*innenorganisationen geboten. Weitere Verbände wie z.B. die Wohlfahrtsverbände, der Deutsche Bundesjugendring und viele andere Einrichtungen haben bereits Schritte zur interkulturellen Öffnung im bürgerschaftlichen Engagement unternommen. Migrant*innenorganisationen erweitern ihre Projekte im Bereich des ehrenamtlichen Engagements, insbesondere in Form von Lotsen- und Patenprojekten.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Prof. Maria Böhmer, hat einen Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit mit Stiftungen insbesondere im Bereich Bildung und Ausbildung gelegt. Daraus ist unter anderem das Vorhaben „Netzwerk Bildungs- und Ausbildungspaten und -patinnen für Migrant*innen und Migrant*innen“ erwachsen. In diesem Jahr wird mit dem Aufbau eines bundesweiten Netzwerks begonnen, in dessen Rahmen Patenschaftsprojekte mit Dienstleistungs- und Serviceangeboten unterstützt werden.

In den Arbeitsgruppen zum Nationalen Integrationsplan haben insgesamt 376 Vertreterinnen und Vertreter aus Staat und Gesellschaft mitgewirkt und Selbstverpflichtungen abgegeben. Naturgemäß haben sie

unterschiedliche Reichweite und Bedeutung – aber jede einzelne ist von Belang und als konkreter Beitrag zur Integration sehr willkommen.

Die Umsetzung des Nationalen Integrationsplans hat nun begonnen. Für den Herbst 2008 hat die Bundeskanzlerin eine Zwischenbilanz vorgesehen und wird hierzu ein weiteres Plenumstreffen einberufen. Dabei wird zu prüfen sein, welche Maßnahmen sich als effektiv erwiesen haben, und wo gegebenenfalls noch nachgesteuert werden muss.

Bei all dem leitet uns der Grundsatz: Integration ist eine Schlüsselaufgabe unserer Zeit. Es liegt an uns allen, das weltoffene Deutschland als liebens- und lebenswerte gemeinsame Heimat für alle Menschen, die hier leben, verstehen und erfahren zu können.

Literatur:

Nationaler Integrationsplan, Berlin 2007, S. 173.





Prof. Dr. Karin Weiss | Integrationsbeauftragte
des Landes Brandenburg

WEITERBILDUNGSBEDARFE VON MIGRANTENSELBSTORGANISATIONEN

1. Weiterbildungsbedarf

Migrantenselbstorganisationen (MSO) treten immer öfter als Organisatoren und Anbieter von Weiterbildungsangeboten auf. Dabei zielen die meisten dieser Angebote auf die Qualifizierung der Arbeit der Migrantenselbstorganisationen selbst, unterbreiten aber auch allgemeine Bildungsangebote für Migrantinnen und Migranten. Ziel des Beitrages ist es, sich der Frage zu nähern, unter welchen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen Weiterbildung durch Migrantenselbstorganisationen selbst angeboten werden sollten, und welche Bedingungen zu beachten sind, damit solche Angebote auch ihr Ziel erreichen.

Zunächst ist es notwendig zu definieren, was unter Migrantenselbstorganisationen zu verstehen ist. Dabei sind formelle wie auch informelle Organisationen und Verbände eingeschlossen. Migrantenselbstorganisationen sind sehr heterogen. Sie umfassen sehr kleine temporäre Zusammenschlüsse bis hin zu großen Organisationen mit hauptamtlichen Mitarbeitern. Ihre Struktur wird von Bedingungen innerhalb der ethnischen Gruppe, nationalen Bedingungen, Bedingungen in der Region, in der die Organisationen arbeiten, genauso wie auch durch ihre Beziehungen zum Herkunftsland geprägt (Abbildung 1). Aus der Unterschiedlichkeit der Organisationen leiten sich unterschiedliche Bedarfe und Voraussetzungen für Weiterbildung ab. Insofern kann es nicht die eine Konzeption für Weiterbildung vom MSO geben, sondern das Weiterbildungsangebot muss auf die je spezifischen Voraussetzungen und Bedürfnisse eingehen.

Abbildung 1: Determinanten der Struktur von MSO



Weiterbildungsbedarfe von Migrantinnen und Migranten gibt es auf unterschiedlichen Ebenen: zum einen auf der individuellen Ebene, als Bedarf an individueller beruflicher oder auch politischer Weiterbildung. In dem hier relevanten Rahmen geht es jedoch vorrangig um Weiterbildungsbedarfe der Organisation als solcher. Hier ist zwischen einem allgemeinen Weiterbildungsbedarf (z.B. in Beratungswissen, Wissen über die deutsche Gesellschaft, Wissen über Rechtsansprüche etc.) und einem Qualifizierungsbedarf im Sinne von Organisationsentwicklung zu unterscheiden. Bei Letzterem geht es weniger um

Wissensvermittlung denn um Kompetenztrainings und Empowerment für die Organisation als handelnde Institution. Bei beiden Formen der Weiterbildung – individuell wie organisationsbezogen – sind differenzierte Bedarfe, z.B. nach ethnischer Herkunft, Lernkulturen, sozialer Lebenslage der Mitglieder, Sprachkompetenzen u.a., zu beachten.

2. Angebote und Träger

Dieses heterogene Feld von Organisationen und Weiterbildungsbedarfen trifft auf ein mindestens ebenso heterogenes Feld von Weiterbildungsmaßnahmen, Trägern von Weiterbildung und ihren Zielgruppen. Dabei sind Migrantinnen und Migranten bisher nur sehr wenig als Zielgruppe im Blickfeld der klassischen Anbieter von Weiterbildung gewesen. Allerdings sind Öffnungsprozesse klassischer Weiterbildungsinstitutionen gegenüber Migrantinnen und Migranten zu beobachten.

Verschiedenste Organisationen bieten heute Weiterbildung für Migrantinnen und Migranten an. Zunächst sind öffentliche wie private Träger beruflicher Bildung zu nennen. Gerade bei Trägern beruflicher Bildung ist es heute selbstverständlich, die Qualität der Angebote bzw. des Trägers in Form von Qualitätszertifikaten nachzuweisen. Neben diesen Trägern für berufliche Bildung sind die Bundeszentrale bzw. die Landeszentralen für politische Bildung zu nennen, die sich in ihrem Erlass von 2001 ausdrücklich als Träger von Weiterbildung für Migrantinnen und Migranten öffnen wollen. Allerdings beschränken sich die Angebote bis heute mehrheitlich auf Integrationskursbegleitende Angebote, nur wenige Angebote beziehen sich auf politische Bildung im weitesten Sinne. Daneben sind es vorrangig Volkshochschulen und ähnliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die allgemeine bzw. politische Bildungsangebote unterbreiten. Aber auch hier sind Angebote für Migrantinnen und Migranten im Bereich Politik und Gesellschaft stark unterrepräsentiert, lediglich 1.1 % der Bildungsangebote entfallen auf diese Kategorie.¹ Daneben sind es aber auch Stiftungen, die sich für die Weiterbildung von MSO engagieren, wie z.B. die Bertelsmann Stiftung.

Neben diesen übergreifenden Trägern sind es zunehmend Träger der Integrationsarbeit bzw. Migranten-

organisationen selbst, die mehr und mehr als Träger eigener Weiterbildungsangebote auftreten, die sich ausschließlich an Migrantinnen und Migranten richten. Diese Angebote können passgenau auf die Bedürfnisse der Migrantenzielgruppen eingehen. Es ist jedoch zu prüfen, ob es hier nicht auch zu parallelen Strukturen kommt, die einem integrativen Anspruch nicht mehr gerecht werden. Es besteht deshalb Klärungsbedarf, unter welchen Umständen eigenständige Angebote von MSO sinnvoll sind und wo, andererseits, bestehende Strukturen genutzt werden müssen, auch wenn dies bedeutet, hier zunächst entsprechende (interkulturelle) Öffnungsprozesse initiieren zu müssen.

Allgemeine Träger der Weiterbildung/Erwachsenenbildung² widmen sich derzeit wieder mehr und mehr den Grundthemen der klassischen Erwachsenenbildung, nämlich der politischen Bildung im weitesten Sinne. Dabei geht es um Konzepte von „active citizenship“ und die Bildung zum „mündigen Bürger“, um Ermöglichungspädagogik oder um selbstreflexive Bildungsangebote.

Dies sind genau auch die Themen, die auch für Migrantenselbstorganisationen im Sinne eines – individuellen oder organisationsbezogenen – Kompetenztrainings bzw. Empowerments relevant sind. Allerdings sind derzeit Migrantenselbstorganisationen kaum als Zielgruppen bei diesen klassischen Trägern der Weiterbildung vertreten. Die Erwachsenenbildung befindet sich heute jedoch in einem Prozess des Umdenkens, in einer Neudefinition des professionellen Rollenverständnisses. Es bietet sich an, darüber nachzudenken, wie dieser Prozess auch für MSO nutzbar gemacht werden kann.

3. MSO als Träger von Weiterbildung

Migrantenorganisationen müssen ihre eigene Rolle in der Weiterbildung definieren. Diese kann und muss differenziert gestaltet werden. Migrantenselbstorganisationen sind zunächst einmal selbst Lernorte. Orte, in denen neben formalen vor allem auch informelle Lernprozesse stattfinden. Diese Lernprozesse zu reflektieren und aktiv zu gestalten ist eine der Herausforderungen an Migrantenorganisationen, die sich dem Thema Qualifizierung und Weiterbildung widmen wollen. Daneben sind Migrantenselbstorganisationen aber auch Adressaten von Bildungsan-

¹ Maßnahmen zur politischen Bildung für Migranten und Migrantinnen. Unveröffentlichte Expertise für die Bundeszentrale für politische Bildung. Europäisches Forum für Migrationsstudien. Bamberg 2006.

² Dies betrifft nicht Träger von beruflicher Bildung, die nicht Thema dieser Ausführungen sind.

geboten. Und sie können sowohl als Träger als auch als Organisatoren von Bildungsangeboten auftreten. Gerade letztere Funktion ist derzeit nur wenig angesprochen. Es ist jedoch zu prüfen, in welchen Kontexten die Organisation von Bildungsangeboten in Kooperation mit einem der allgemeinen Träger von Weiterbildung – der dann auch über entsprechende Strukturen und Ressourcen verfügt – angemessen ist, und wann eine eigenständige Trägerschaft und Durchführung von Weiterbildungsangeboten notwendig und sinnvoll ist.

4. Qualitätsstandards in der Weiterbildung von und für Migrantenselbstorganisationen

Mitbestimmend für diese Frage sollte eine Qualitätsdiskussion sein. Während für Träger beruflicher Bildung die Frage von Qualitätsstandards heute Selbstverständlichkeit ist, wird sie derzeit im Rahmen der Weiterbildung von und für Migrantenselbstorganisationen so gut wie gar nicht thematisiert. Allein die Tatsache, dass Weiterbildung von Migrantenselbstorganisationen angeboten wird, ist aber als Qualitätsnachweis nicht ausreichend. Hier gilt es, angemessene Qualitätsstandards zu entwickeln und Indikatoren für eine Qualitätsüberprüfung zu benennen. Solche Standards sollten sich zunächst auf Bedingungen des Anbieters als Organisation beziehen. Es geht um institutionelle Kriterien, wie z.B. Räume, Erreichbarkeit, Ausstattung, etc. Genauso sind hier messbare Qualitätsmerkmale der Trainer einzubeziehen, z.B. ihre formale Qualifikation oder ihre inhaltliche wie auch interkulturelle Kompetenz. Weitere Qualitätsstandards sollten sich auf das spezifische Angebot beziehen, also Kursinhalte ebenso wie Didaktik und Methodik prüfen. Eine dritte Gruppe von Qualitätsstandards muss sich auf die spezifischen Bedarfe der Zielgruppe beziehen, bzw. auf die Frage, inwieweit das Angebot den Bedürfnissen der Zielgruppe gerecht wird. Hier wäre z.B. die Fähigkeit des Lehrpersonals zu nennen, sich auf die jeweilige Lernkultur einzustellen, oder die notwendige Sprach- und Kommunikationskompetenz der Trainer. Das Angebot muss im Weiteren an den spezifischen inhaltlichen Bedürfnissen von Migrantinnen und Migranten ansetzen. Genauso sind spezifische Bedürfnisse an das Setting, die Kurszeit oder die Kosten zu berücksichtigen. So weist z.B. die Studie des BQN (2007) auf durchaus unterschiedliche Bedürfnisse für Nutzungszeiten verschiedener Gruppen von Migrantinnen und Migran-

ten hin, die berücksichtigt werden müssten, genauso wie auf unterschiedliche inhaltliche Bedarfe. Ein weiterer Punkt wäre der Zugang zur Zielgruppe und die spezifische Methodik und Didaktik, die der jeweiligen Lernkultur angepasst werden muss.

Qualitätsstandards können und müssen bei der Entscheidung berücksichtigt werden, ob eine Migrantenselbstorganisation als Träger oder als Organisator von Weiterbildung auftritt. Nur eine qualitätsbezogene Entscheidung kann hier die richtige Entscheidung sein. Außer Frage steht dabei, dass die interkulturelle Öffnung eines Trägers von Weiterbildung die Voraussetzung ist, ob ein allgemeiner Träger für eine Weiterbildung für Migrantenselbstorganisationen in Frage kommt oder nicht. Hier müssen sich die Träger von Weiterbildung viel stärker öffnen als das bisher der Fall ist. Die Migrantenselbstorganisationen wiederum müssen prüfen, ob die eigene Durchführung von Weiterbildung per se der richtige Weg ist oder ob hier nicht möglicherweise qualitätsbezogene Entscheidungen durch politische Entscheidung beeinflusst werden. In jedem Fall heißt das, die Frage der Qualität von Weiterbildung als eine der zentralen Fragestellungen anzunehmen.

Literatur:

Q-net: Optimierung von Qualifizierungsansätzen für Migranten und Migrantinnen zur Arbeitsplatzsicherung. Bremen: AWO 2007.

Abb. 1: Vgl. auch Weiss & Thränhardt: SelbstHilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen. Freiburg: Lambertus 2005, S. 37.





BERICHTE AUS DEN ARBEITSGRUPPEN I - V

Arbeitsgruppe 1: Geschlechtsspezifische Aspekte in der Weiterbildung von Migrantenorganisationen.

Moderation: Marina Khanide, Trainerin für interkulturelle Verständigung, München

Input 1: Was bedeutet eigentlich eine gendersensible Weiterbildung? Sakine Subasi, Textproduktion net

Input 2: Empowerment durch frauenspezifische Weiterbildung. Marissa Pablo-Dürr, IN VIA-KOFIZA

In dieser Arbeitsgruppe wurden die Impulse aus den Inputreferaten durch die Teilnehmenden bestätigt. Es zeichnete sich ab, dass nach den Erfahrungen der Akteurinnen die gleichberechtigte Teilnahme unabhängig vom Geschlecht in den Migrantenorganisationen nicht selbstverständlich ist.

Sakine Subasi setzte sich in ihrem Inputreferat mit der Frage auseinander, was eigentlich eine gendersensible Weiterbildung bedeuten könnte. Sie stellte die Grundlagen eines gendersensiblen Arbeitsansatzes vor, bei dem sie Wert darauf legte, als theoretische Grundlage gender als soziales Geschlecht vom biologischen Geschlecht zu unterscheiden und somit deutlich zu machen, dass unsere geschlechtliche Identität durch die kulturellen Prägungen im Zuge der Sozialisationsprozesse fundiert wird. Dieses spiegelt sich in der alltäglichen Praxis der Migrantenselbstorganisationen. Vor diesem Hintergrund sollte eine gendersensible Weiterbildung für Migrantenorganisationen immer kultursensible Dimensionen berücksichtigen, was auch die Annäherung an Diversity-Konzepte beinhaltet.

Marissa Pablo-Dürr betonte die Bedeutung des Empowermentansatzes für eine frauenspezifische Weiterbildung und stellte die Erfahrungen des bayerischen Zentrums IN VIA-KOFIZA vor:

Empowerment als Phänomen hat verschiedene Aspekte, die uns heute interessieren:

- Empowerment ist ein soziales Phänomen, weil es als eine Antwort auf Exklusion von partizipativen Entscheidungsprozessen in der Gesellschaft aus der Subjekt-Perspektive angesehen werden kann.
- Empowerment ist als Methode unter anderem aus feministischen „Consciousness-Raising“ der 1960er-1970er Jahre in den USA entstanden.
- Empowerment hat die Förderung von Vertrauen und Selbstvertrauen als Leitgedanken, d.h. die Stärken der Menschen, Regie über ihr eigenes Leben führen zu können.

Empowerment zieht Kritik an sich, wenn:

- Empowerment als „Einstellungsmanipulation“ geführt wird, also als für die individuelle Situation maßgeschneiderte Förderungsmethode, die gesellschaftliche Zusammenhänge ignoriert.
- Empowerment ohne strukturelle Veränderung als langfristiges Ziel gesehen wird. In dem Fall ist es ein sinnentleertes Wort.

Empowerment heißt Initiative und Motivation fördern, Selbsthilfe anstatt soziale Hilfe.

- KOFIZA (Kontakt-, Förderungs- und Integrations-Zentrum für außereuropäische Frauen und deren Familien) wurde als eine institutionalisierte Migrantinnen-Initiative 1989 gegründet. Sie ist exemplarisch für eine wechselseitige Bereicherung, die

zwischen Professionalität und Ehrenamtlichkeit in der Migrationsarbeit möglich ist.

- KOFIZA existiert bayernweit mit einer Landesstelle in München, hauptamtliche Mitarbeiterinnen in 4 Städten – München, Nürnberg, Würzburg und Schweinfurt – und 18 Selbsthilfegruppen in verschiedenen Städten.
- Der Trägerverein aller Stellen ist IN VIA Kath. Mädchensozialarbeit, Fachverband des Deutschen Caritas Verbandes und einer der ältesten Verbände in der deutschen Sozialarbeit.
- Der erste Arbeitsbereich von IN VIA war die Bahnhofsmision, die entstanden ist, als Landmädchen während der Industrialisierung Deutschlands vor über 100 Jahren in die Städte zugewandert sind.

In Nürnberg hat KOFIZA folgende Ziele:

- Lebensberatung
- Förderung der selbstbestimmten Integration
- Empowerment der Frauen, d.h. Förderung der Fähigkeit zur aktiven Teilnahme an der Gesellschaft.

Empowerment wird in allen Arbeitsbereichen der Stelle als Handlungsmethode miteinbezogen:

- Empowerment durch Beratung bedeutet, in Zusammenarbeit mit Frauen eine Standortbestimmung bezüglich der Schnittstelle ihrer jeweiligen Lebenszyklen und Migrationsphasen. Durch biographische Arbeit wird der Fokus auf die Gefühle und Bedürfnisse gelenkt, anschließend können Handlungsmöglichkeiten ausgelotet werden.
- Empowerment durch Gruppenarbeit entwickelt sich im Zuge informeller Netzwerk-Arbeit und Selbstorganisation verschiedener Wir-definierender Gruppen, die nicht immer auf nationalen Identitäten basieren.
- Empowerment wird durch das gezielte Annehmen einer Mittlerfunktion ermöglicht. Die institutionelle Netzwerk-Arbeit sehen wir als Ressourcenerweiterung durch den Aufbau eines tertiären Netzwerks mit und für die Frauen.

Empowerment als sozialpolitische Einmischung?

- Sind die Probleme von Migrantinnen ein Ressourcenverteilungsproblem, weil allgemein weniger Ressourcen für Zuwanderer zur Verfügung stehen, gemessen an ihrer gesellschaftlichen Stellung?
- Spiegeln die Verteilungsmodi für die Integrationsarbeit die realen Bedingungen einer gender main-

streaming-resistenten Gesellschaft wieder, d.h. dass Migrantinnen in doppelter Hinsicht Benachteiligungen ausgesetzt sind?

- Wo sind die Grenzen des Empowerment-Ansatzes? Die setzen da ein, wo strukturelle Barrieren sich als änderungsresistent erweisen.

Berichterstattung: *Babette Rohner, Bang Ying e.V.*

Arbeitsgruppe 2: Weiterbildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Jugendmigrantenorganisationen.

Moderation: *Birgit Jagusch, Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit (IDA e.V.), Düsseldorf*

Input 1: *Weiterbildungsbedarfe von Jugendmigrantenorganisationen. Hetav Tek, Deutsche Jugend aus Europa e.V. (DJO) und Kurdischer Jugendverband e.V., Berlin*

Input 2: *Handbuch für Jugendgruppenleiter. Mohammed Abdulazim, Muslimische Jugend in Deutschland e.V.*

In dieser Arbeitsgruppe wurden Anforderungen und Strategien der Professionalisierung in der Jugendarbeit diskutiert und entsprechende Potentiale der Migrantinnen-Jugendorganisationen herausgearbeitet.

Die gesamte Arbeit der Migrantinnen-Jugendorganisationen (MJO) erfolgt auf ehrenamtlicher Basis. Vor diesem Hintergrund wird festgehalten, dass eine Qualifizierung und/oder Weiterbildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in MJO allein nicht ausreichend wird. Die AG 2 schlägt vor, generell die Professionalisierung in MJO in Betracht zu ziehen.

Die Migrantinnen sind im Besitz von Kompetenzen, die in der Integrationsarbeit und speziell in der Arbeit mit Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund sehr nützlich sind, aber erst erschlossen werden müssen. Nur selten werden diese Kompetenzen genutzt. Leider gibt es auch nur wenige „offene“ MJO, die ihr Potenzial der Allgemeinheit zur Verfügung stellen können. Zugang zu den Gruppen zu finden

und Vertrauen aufzubauen ist hier besonders wichtig. Professionelle hauptamtliche Betreuung ist für diese Aufgabe unbedingt nötig, denn gerade dies fehlt den Migrantenselbstorganisationen und drängt sie in die Isolation.

In Deutschland gibt es bereits vielfältige Erfahrung im Bereich der Jugendarbeit mit Migranten. In den meisten Fällen sind es Projekte der regulären Jugendhilfe-Einrichtungen, die Initiative entwickeln, die gesamte Logistik einer Veranstaltung/Veranstaltungsreihe übernehmen, indem sie einzelne Vertreter der Migrantengruppen aktiver in die Arbeit einbinden. Das eigentliche Potenzial der MJO wird allerdings wenig berücksichtigt. Die Fähigkeit der Zugewanderten, Eigeninitiative zu entwickeln, wird nur selten wahrgenommen.

Infolgedessen erreichen die bestehenden Angebote nur selten die Migrantengruppen. Gleichzeitig haben die Migranten große Schwierigkeiten, Anschluss an die allgemeine Jugendarbeit zu finden. Eine Vielzahl der Migrantengruppen und -initiativen, die in den letzten 5 Jahren entstanden sind, könnten eine nützliche Arbeit leisten, indem sie die Jugendlichen aus den Migrantenfamilien an die Jugendarbeit heranführen würden. Zurzeit ist dies noch nicht möglich, da den meisten Initiatoren der Arbeit Fachkenntnisse fehlen, um den Anschluss der MJG an die bestehenden Strukturen der Jugendhilfe, der offenen Jugendarbeit und der verbandlichen Jugendarbeit (Jugendringe auf den Ebenen Kommune, Land und Bund) zu vollziehen. So entstehen Migrantensinseln und der Zugang zu den Jugendlichen aus Migrantenfamilien wird noch mehr erschwert.

Finanzierung. Zu beachten ist, dass es bislang kaum Jugendorganisationen oder Jugendinitiativen von Migranten gibt, die von der öffentlichen Hand finanziert werden. Nur selten wird die Arbeit dieser Gruppen auch in der Form der Projektförderung unterstützt. Das bedeutet ihre Abhängigkeit von den Geldern des Erwachsenenverbandes. Damit wird ihre Emanzipation von den Erwachsenen erschwert. Diese Selbstorganisationen formieren sich als jugendliche Interessenzusammenschlüsse oft in Opposition zur eigenen Elterngeneration und ihren Organisationen sowie als eigene Interessenvertretung gegenüber der mehrheits-deutschen Jugend-

landschaft. Deswegen darf ihre Bedeutung nicht unterschätzt werden.

Oft scheitert die Weiterbildung und Qualifizierung der engagierten und aktiven Mitglieder der MJO an fehlender finanzieller Unterstützung. Die Migrantengruppen würden gerne an Podiumsdiskussionen, Fachkonferenzen, Tagungen und Seminaren zu Integrationsthemen teilnehmen, aber die fehlenden Mittel für Reisekosten und/oder Teilnehmerbeiträge schließen diese Möglichkeit aus. Somit werden wirklich interessierte und kompetente Teilnehmer ausgeschlossen, und bei den Tagungen wird oft über die Migranten ohne die Migranten gesprochen.

Professionalisierung. Um das Potenzial der Selbsthilfearbeit der Migrantengruppen zu nutzen, ist eine Öffnung dieser Gruppen nötig. Das setzt eine gute Verzahnung von Weiterbildung, Qualifizierung, Beratung und Vernetzungsarbeit voraus, die im Sinne der Nachhaltigkeit unbedingt notwendig ist.

Was tun? Jugendliche, Gruppenleiter und Verantwortliche in Organisationen müssen motiviert werden, am gesellschaftlichen Leben in Deutschland zu partizipieren und die Jugendarbeit mitzugestalten. Hierzu brauchen sie:

- Vernetzung der beteiligten MJO zum Zweck des Informations- und Erfahrungsaustausches. Der Anschluss an die Jugendringe auf allen Ebenen ist die primäre Aufgabe.
- Organisation und Förderung von Partizipationsprojekten.
- Einbindung der Arbeit der MJO in das Leben der entsprechenden Kommune, des Landes.
- Schaffung und Förderung von niederschweligen Angeboten für Mitglieder der MJO.

Kulturelle Öffnung muss auf allen Ebenen stattfinden – auch in den MJO, indem z.B.

- offene Mitgliedschaft ihrer Gruppen eingeführt wird,
- offene Angebote anfänglich im Bereich Kultur und Sport geschaffen werden,
- sich die Bereitschaft zur Kooperation mit anderen Jugendarbeit- und Jugendhilfe-Einrichtungen entwickelt,
- der Zugang an Entscheidungsprozesse in den MJO auch Jugendlichen mit einem anderen oder ohne einen Migrationshintergrund gewährt wird.

Jugendliche und Jugendgruppenleiter sollen ihre eigenen Ressourcen erkennen und diese individuell ausbauen. Hierzu brauchen sie Weiterbildung bzw. Qualifizierung:

- Schulungen in Bereichen: Jugendgruppenleiter, Antragstellung und Abrechnungsverfahren.
- JuLeiCa- Mig (Jugendleiterkarte). Schulung der geeigneten und aktiven Jugendlichen zur Jugendarbeit mit Migranten.
- Qualifizierung der Multiplikatoren aus den Migrantengruppen für bessere Betreuung und Beratung der einzelnen Jugendlichen; Multiplikatoren-schulungen.
- Kompetenzerwerb durch informelle Bildung.
- Orientierungsseminare. Themen: Beruf, Gesellschaft, Identität, Jugend und Politik.
- Erweiterung der traditionellen Formen der politischen Bildung; weitere Öffnung von Strukturen der politischen Bildung.
- Einrichtung von Servicestellen in den Landesjugendringen und im Bundesjugendring zur Beratung der MJO und zur Beratung von jungen Migranten bei der Organisation ihrer Arbeit. Praktische Unterstützung bei der Logistik.
- Qualifizierung durch Partizipation, z.B. Einbindung der Aktivitäten der MJO in die Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW).

Die AG 2 begrüßt die Aktivitäten der Robert Bosch Stiftung, der Bertelsmann Stiftung und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Bereich der Weiterbildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Jugendmigrantenorganisationen.

Kompetenzen bei Problemlösungen

Das Potential der ehrenamtlich Aktiven in den MJO wurde bisher zu wenig für die Integrationsarbeit und für die Kriminalprävention genutzt. Diese Personen haben andere Zugänge zu den Migranten als professionelle Einrichtungen, insbesondere in der Elternarbeit. Sie sind wichtige „Türöffner“ und „Berater zwischen den Welten“ und deshalb wichtige Kooperationspartner bei allen die Integration fördernden Maßnahmen, von der Sprach- und Bildungsförderung, über berufliche Qualifizierung und Projekte im Gesundheitsbereich, bis hin zur künstlerischen Förderung und der selbstbewussten Partizipation der Migrant*innen im öffentlichen Leben der Kommunen.

Der Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik beinhaltet eine stärkere Einbeziehung und Unterstützung der selbstorganisierten Migrant*innenjugendgruppen als gleichberechtigte Gestalter unserer vielfältigen Gesellschaften. Die Professionalisierung in den MJO ist dazu die Voraussetzung.

Berichterstattung: *Ernst Strohmaier, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Jugend aus Russland - DJR e.V.*

Inputreferat: Lokalkreishandbuch der Muslimischen Jugend in Deutschland

Mohammed Abdulazim

Früh entstand in der Muslimischen Jugend in Deutschland (MJD) die Idee eines Handbuchs, das für Lokalkreisleiter Materialien mit pädagogischen Methoden über den Islam in deutscher Sprache zur Verfügung stellen sollte, um ihnen die Gestaltung der Gruppensitzungen zu erleichtern. Das MJD-Lokalkreishandbuch hat das Ziel, Jugendlichen Anleitung und Inhalte zu geben, eine Jugendgruppe erfolgreich zu gründen, kompetent zu leiten und weiter zu entwickeln. Es besteht aus 5 Abschnitten, die immer einen Bezug zum Leben deutsch-muslimischer Jugendlicher herstellen.

Die Texte werden als Datei auf einer eigenen Homepage (www.lokkreis-handbuch.de) bereitgestellt und per Mail angekündigt. Die Datei enthält i. d. R. methodische Hinweise, um den Gruppenleitern zu zeigen, wie gemeinsam mit der Gruppe Inhalte erarbeitet und verinnerlicht werden können.

Die Texte für das Handbuch sind überarbeitete Übersetzungen aus dem Englischen, Arabischen oder Türkischen. Vorträge, die im Rahmen der MJD gehalten werden, kommen in aufbereiteter Form ins Handbuch. Jeder kann Wünsche äußern bzw. selbst Texte beitragen. Auf der anderen Seite fließen die Inhalte des Lokalkreishandbuches wieder in die MJD ein, wie z.B. bei Seminaren und Kursen.

Arbeitsgruppe 3: Intergenerative Aspekte der Weiterbildung von Migrantenorganisationen

Moderation: Kenan Küçük, Multikulturelles Forum Lünen

Input 1: Entwicklung von MSO im intergenerativen Wandel. Şener Sargut, Türkische Gemeinde in Deutschland e.V. Berlin

Input 2: Leadership-Programm für junge Führungskräfte aus MSO. Dr. Orkan Kösemen, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

In dieser Arbeitsgruppe beleuchtete Şener Sargut das Thema aus der Perspektive einer Migrantenorganisation, die in ihrem Alltag vom Generationenwandel geprägt ist. Er hob die erfolgreiche Arbeit der türkischen Gemeinde in Hamburg, Berlin und Hessen hervor und verwies auf soziale Projekte in Zusammenarbeit mit den genannten Ländern, z.B. Begegnungsprojekte, Ausbildungsprojekte sowie Bildungsmaßnahmen für junge Migranten. Gleichwohl stelle sich das Gewinnen der jungen Generation für die ehrenamtliche Tätigkeit als problematisch dar. Nach den Erfahrungen von Şener Sargut wird die Elite der türkischen jungen Menschen aus folgenden Gründen nicht erreicht:

1. Fehlende Zeitressourcen bei jungen Menschen aufgrund der Anforderungen der Arbeitswelt.
2. Veränderte Realitätsbedingungen der jungen Menschen sowie Schwierigkeiten und Probleme auf dem Arbeitsmarkt stellen sich als Hemmnisse für ehrenamtliches Engagement dar.
3. Veränderte Interessenlagen bei jungen Migranten und veränderte Identitäten führen zu Distanz gegenüber bestehenden MSO.
4. Junge Menschen wollen sich nicht langfristig an Vereine binden.
5. Fehlende passgenaue Angebote für Jugendliche, um diese für die Vereinsarbeit zu interessieren.
6. Ebenso fehlende Angebote, bildungsbenachteiligte Jugendliche für die Vereinsarbeit zu motivieren.
7. Selbsthilfe ist bei Migranten nicht selbstverständlich
8. Grenzen der Ehrenamtlichkeit, fehlende hauptamtliche Struktur.
9. Fehlende Mindesterstattung für ehrenamtliche Arbeit allgemein bei MSO (z.B. Fahrtkostenerstattung).

In seinem anschließenden Beitrag verwies Orkan Kösemen auf einen Generationen- und Funktionswechsel in Migrantenorganisationen. Es habe sich ein verändertes Selbstverständnis der neuen Migrantengeneration entwickelt, auch sei die Aufnahmegesellschaft eher bereit, die Kompetenzen und Potentiale von jungen Migranten zu fördern. Er verzeichnet die Verlagerung von Organisationsgemeinschaften zu Interessengemeinschaften. Das von ihm vorgestellte Leadership-Programm der Bertelsmann Stiftung richte sich an junge Führungskräfte aus Migrantenselbstorganisationen. Er grenzt das Leadership-Programm von klassischen Weiterbildungsprogrammen ab, bei denen den Teilnehmenden eher soft skills vermittelt würden. Die Teilnehmer sind in MSO engagiert, stammen aus unterschiedlichen ethnischen Communities, können als Vorbilder und Multiplikatoren fungieren und lernen sich zu vernetzen sowie ihren Standort zu reflektieren.

Resümee der Diskussion

Das Leadership-Programm der Bertelsmann Stiftung macht deutlich, dass Nützlichkeitsaspekte durchaus dazu dienen können, junge Migranten für ehrenamtliche Arbeit zu interessieren. Weiterbildungsangebote, die junge Migranten auch für ihre persönlichen Belange einsetzen könnten, können die Motivation für bürgerschaftliches Engagement fördern. Wie solche Weiterbildungsangebote zu gestalten seien, müsse konzeptionell erarbeitet werden. Eine mögliche Option wäre, gemeinsame intergenerative Interessen und Themen zu eruieren, um eine themenorientierte Brücke zwischen den Generationen zu schlagen. Das Aufgreifen von Themen und Interessen der Jugendlichen wäre für einen Generationenwechsel in den MSO unabdingbar. Auch müsste überlegt werden, wie die MSO mit der kurzfristigen Bindung von Jugendlichen an Vereine umgehen wollen. Um diese Fragen zu bearbeiten, bedürfe es professioneller Prozessbegleitung und Weiterbildung von Migrantenselbstorganisationen.

Lösungsansätze intergenerativer Aspekte wären auch für Vereine der Mehrheitsgesellschaft eine Chance, den Generationenwechsel zu vollziehen.

Hier stellt sich die Frage, inwieweit Weiterbildung intergenerative Nachwuchsprobleme beheben kann,

BERICHTE AUS DEN ARBEITSGRUPPEN

und wie mögliche Konzepte dazu aussehen könnten. Auch ist die Frage, ob und welche Angebote dazu existieren und ob neue Konzepte entwickelt werden müssten, die Kompetenzen von Jung und Alt aufgreifen und den Dialog und die gegenseitige Anerkennung der Generationen fördern. Es fehlt an einer Bestandsaufnahme generationenübergreifender Projekte sowie an Verständigung und Dialog mit staatlichen und freien Weiterbildungsträgern. An diesen Stellen wäre noch Handlungsbedarf.

Berichterstattung: *Marissa Turac, Verein zur Förderung der Ausländerarbeit e.V., Hattingen*

Inputreferat: Die Brückenbauer der Integration stärken!

Dr. Orkan Kösemen

Die Integration der Zuwanderer ist eines der zurzeit wichtigsten Themen der politischen Agenda in Deutschland. Der neue Nationale Integrationsplan stellt einen Meilenstein für ein modernes Integrationsverständnis in Deutschland dar. Die Bedeutung von Migrantorganisationen für die gleichberechtigte Teilhabe von Zuwanderern an der Gesellschaft und für die soziale Stabilität wird im Integrationsplan hervorgehoben. Migrantorganisationen funktionieren als „Brücke“ zur Aufnahmegesellschaft, indem sie die Standpunkte und Interessen der Zuwanderer vertreten, aber auch die Erwartungen und die Prinzipien des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Aufnahmegesellschaft in die Zuwandererkreise transportieren. Dies sind wichtige integrative Funktionen.

Den Führungskräften kommt in allen Migrantenorganisationen eine besondere Rolle bei der Integration zu, da sie die zukünftige strategische Ausrichtung der Organisationen maßgeblich bestimmen. Zurzeit findet in vielen Vereinigungen ein Generationenwechsel statt: Die erste Zuwanderergeneration, die bisher tonangebend war, wird von jüngeren Kräften der zweiten und dritten Generation „abgelöst“, die andere Erwartungen an das eigene ethnische Milieu und die Mehrheitsgesellschaft haben. Dieser Generationswechsel eröffnet Chancen für einen neuen gesellschaftlichen Dialog mit den Vereinigungen von Zuwanderern.

Darüber hinaus spielen engagierte Persönlichkeiten, die sich in solchen Organisationen betätigen, für die Integration eine Schlüsselrolle als „role models“: Als „Brückenbauer“ können sie Positionen, Normen und Interessen zwischen der Aufnahmegesellschaft und den Migranten vermitteln.

Bei dem Leadership-Programm handelt es sich um ein Qualifizierungs- und Vernetzungsprogramm für junge Verantwortungsträger aus Zuwanderervereinigungen, die sich bundes-, landesweit oder regional für Integration engagieren. Das Programm zielt auf die Stärkung ihrer individuellen Handlungskompetenzen („capacity building“). Zugleich will es die Migrantorganisationen in ihrer Arbeit unterstützen, die über ihre jungen Führungskräfte in ein Netzwerk zur Verbesserung der Integrationsbemühungen eingebunden werden.

Weitere Informationen unter www.bertelsmann-stiftung.de/leadership-MO.

Kontakt: Dr. Orkan Kösemen, E-Mail: orkan.koesemen@bertelsmann.de, Tel.: 05241-8181429.



Arbeitsgruppe 4: Weiterbildung und Professionalisierung von Migrantenorganisationen (MSO)

Moderation: *Torsten Groß, Projekt „gemeinsam engagiert“, Nürnberg*

Input 1: *„Aktive Vereine - Handbuch für Migrantenorganisationen (MSO) als Partner für die Integration und Beschäftigung“. Miguel Vicente und Hans-Peter Wilka, Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz (AGARP), Mainz*

Input 2: *Anforderungen an MSO als Projektträger. Gudrun Kiener, Robert-Bosch-Stiftung, Stuttgart*

Nach einer Vorstellungsrunde wurde die Publikation „Aktive Vereine. Handbuch für Migranten-Organisationen als Partner für Integration und Beschäftigung“ vorgestellt.

Das Handbuch entstand aus den Erfahrungen im Rahmen einer Qualifizierungsreihe, die in den Jahren 2006/07 mit Teilnehmenden aus MSO in Mainz durchgeführt wurde. Es soll einen Beitrag dazu leisten, den Qualifizierungsbedarf von MSO aufzunehmen und Hilfestellungen für ihre Weiterentwicklung und Professionalisierung zu geben. In der Diskussion dieses Inputs ging es vielfach um die Rahmenbedingungen für Weiterbildungsangebote, die notwendig sind, um die Zielgruppen optimal zu erreichen. Für eine gelingende Professionalisierung sind aber neben Seminaren und Workshops auch (regionale) Anlaufstellen für die kontinuierliche fachliche Begleitung der Migrantenorganisationen unerlässlich.

Im Beitrag von Frau Kiener wurden die Anforderungen der Robert Bosch Stiftung für den Programmbereich „Gesellschaft und Kultur/Migration und Integration“ an Antragsteller sowie Schritte einer erfolgreichen Bewerbung vorgestellt. Es wurden die bisher gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen im Bewerbungsverfahren der Robert Bosch Stiftung an die AG-TeilnehmerInnen weitergegeben. Bei der Diskussion wurde deutlich, dass ein enormer Beratungsbedarf hinsichtlich von Antragstellungen bei Stiftungen etc. besteht. Es wurde aber auch kritisch angemerkt, dass eine (zeitlich, inhaltlich und finanziell begrenzte) Projektförderung nicht die evidenten

Strukturprobleme der Migrantenorganisationen lösen kann.

Die vorgestellte Publikation „Aktive Vereine - Handbuch für Migranten-Organisationen als Partner für Integration und Beschäftigung“, kann unter folgender Adresse bezogen werden: AGARP, Miguel Vicente, Frauenlobstr. 15-19, 55118 Mainz, Tel. 06131 - 60 40 82, e-mail: info@agarp.de. In Kürze wird das Handbuch auch als Pdf-Datei zum Download auf der Homepage: www.agarp.de zur Verfügung stehen (ca. 9 MB). Zusätzlich ist geplant, das Handbuch demnächst auf CD verfügbar zu machen.

Berichterstattung: *Maha Al Asiri, Zentrum für Partizipation, basis & woge e.V., Hamburg*

Inputreferat: Anforderungen an Migrantenselbstorganisationen als Projektträger

Gudrun Kiener

Was erwartet die Robert Bosch Stiftung von Migrantenorganisationen als Antragsteller?

Was sie von allen anderen auch erwartet. Die Projektidee muss überzeugen, die Administration korrekt laufen. Die Robert Bosch Stiftung sieht die wichtige Rolle der Migrantenorganisationen – nicht nur für die Integration, sondern auch im Hinblick auf ihre Rolle als Akteure der Zivilgesellschaft. Die Stiftung begrüßt Förderanfragen von Migrantenorganisationen.

Was gehört zu einem überzeugenden Antrag?

- Eine konkrete Projektidee
Keine Auflistung, was die Organisation macht, verbunden mit der Bitte um Auswahl, was die Stiftung daraus fördern kann.
- Nachvollziehbarkeit des Vorhabens
Was soll gemacht werden? Von wem? In welchem Zeitraum? Tipp: Den Antrag vor Versenden von jemand lesen lassen, der das Projekt nicht kennt.
- Klare Zielformulierungen
Was soll mit dem Projekt erreicht werden? Bei Integrationsprojekten muss deutlich werden, was genau der Integrationsaspekt ist.
- Nachvollziehbarer Kosten- und Finanzierungsplan
Wie viel Geld ist für die Durchführung des Projekts nötig und woher soll es kommen?
- Erfolgskontrolle

Wie kann festgestellt werden, ob das Projekt erfolgreich war? Viele Teilnehmer sind nicht allein ein Zeichen für Erfolg.

- Partner vor Ort
Mit Partnern vor Ort arbeiten (Schulen, Kommune, Verbände, andere Organisationen etc.).
- Offenheit
Noch bestehende Unklarheiten sind im Antrag zu benennen. So wird gezeigt, dass sie erkannt wurden. Ggf. kann die Stiftung beraten.

Was ist bei Programmausschreibungen besonders zu beachten?

- Passt die ausgeschriebene Fördersumme zum Budget des geplanten Projekts?
Z.B. wenn ein Programm Fördermittel bis zu 50.000 € ermöglicht, wird eine Komplexität verlangt, die ein Projekt mit 7.000 € Gesamtbudget nicht leisten kann. Gibt ein Programm als maximale Fördersumme 5.000 € an, ist ein Projekt mit einem Gesamtbudget von 36.000 € zu komplex für die angestrebten Projekte.
- Passt der zeitliche Rahmen der Ausschreibung zum Zeitplan des Projekts?
Meist gibt es einen festen Termin, ab dem eine Förderung möglich ist und manchmal eine maximale Förderzeit. Dies sind feste Größen. Wenn ein Projekt nicht in diesen Rahmen passt, hat eine Bewerbung meist keinen Erfolg.

Arbeitsgruppe 5: Förderkonzepte von Migrantenorganisationen und die Rolle der Weiterbildung im kommunalen Raum

Moderation: Gülay Aybar-Emonds, Amt für Kultur und Freizeit, Nürnberg

Input 1: Herausforderungen der Förderung und Weiterbildung von Migrantenorganisationen auf kommunaler Ebene am Beispiel Nürnbergs. Jürgen Markwirth, Amt für Kultur und Freizeit, Nürnberg

Input 2: Förderkonzepte von Migrantenorganisationen der Stadt Köln. Kadri Akkaya, Interkulturelles Referat der Stadt Köln

Das Interesse an dieser Arbeitsgruppe war enorm, das sehr vielschichtige Thema konnte in so kurzer

Zeit nicht abschließend behandelt werden. Konsens bestand darüber, dass Bildungsangebote für MSO nur dann Aussicht auf Erfolg haben können, wenn sie

- gemeinsam mit den MSO – „auf Augenhöhe!“ entwickelt werden
- individuell und angepasst an regionale/kommunale Gegebenheiten konzipiert und umgesetzt werden
- sich an den jeweiligen Voraussetzungen der MSO orientieren (Organisationsstatus, Mitgliederzahl, inhaltliche Ausrichtung, Grad der Vernetzung etc.)
- regelmäßig überprüft und angepasst werden
- in Zusammenarbeit mit lokalen Bildungseinrichtungen, Organisationen und Wohlfahrtsverbänden umgesetzt werden.

Wichtig für eine nachhaltige Weiterentwicklung sind außerdem

- die Verankerung/Einbindung der MSO in lokale (Förder-)Strukturen
- die interkulturelle Öffnung bestehender (Bildungs-) Einrichtungen und Trägerstrukturen
- die Anerkennung von MSO als eigenständige Bildungsträger
- die Vernetzung/der Austausch der Träger von Qualifizierungsangeboten
- ausreichende Finanzmittel für professionelle Angebote und erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit
- die Zusammenarbeit mit den AkteurInnen des bürgerschaftlichen Engagements.

Alle Teilnehmenden stimmten darin überein, dass eine Vertiefung der Themen in einer eigenen Veranstaltung/Fortbildung wünschenswert und zielführend ist und zeitnah organisiert werden sollte.

Inputreferat: Herausforderungen der Förderung und Weiterbildung von Migrantenorganisationen auf kommunaler Ebene am Beispiel Nürnbergs Jürgen Markwirth

Ernst gemeinte Integrationspolitik, die davon ausgeht, dass Integration keine „Einbahnstraße“ ist, und die nicht nur die Probleme, sondern auch die Chancen des Zusammenlebens von Menschen aus verschiedenen Kulturen sieht, hat in Nürnberg eine lange Tradition. Mit der Einrichtung eines in Direktwahl von der ausländischen Bevölkerung bestimmten Ausländerbeirats wurde bereits 1973 ein Zeichen dafür gesetzt,

dass man in integrationspolitischen Fragen nicht nur über, sondern auch mit Ausländern reden möchte.

Dementsprechend erfahren auch die zahlreichen Migrantenselbstorganisationen (2007 sind über 200 per Adresse erfasst) seit langem Anerkennung und Förderung ihrer Arbeit durch die Stadt Nürnberg. Die Arbeit mit Migrantenvereinen zählt zu den Hauptaufgabenfeldern des Inter-Kultur-Büros, einer Fachabteilung des städtischen Amtes für Kultur und Freizeit. Bereits vor zwanzig Jahren gab es erste Qualifizierungsangebote für Vereine. Ab April 2008 wird mit einer Fortbildungsreihe im Rahmen des Projekts „gemeinsam engagiert“, das vom Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY) getragen wird, ein neues Kapitel in der Vereinsqualifizierung aufgeschlagen.

Seitdem die Stadt Nürnberg 2003 mit der Erarbeitung eines neuen „Integrationsprogramms“ begonnen hat, wird versucht, die Migrantenselbstorganisationen in diesen Prozess einzubinden. Dazu gab es ein Hearing im Rathaus, Seminare zur Vertiefung verschiedener Themen und regelmäßige Themenabende „Migrantenvereine und Stadtverwaltung im Gespräch“. Dabei war der Wunsch nach Fortbildungsangeboten ein häufig genanntes Anliegen.

Das Einbeziehen von Migrantenselbstorganisationen, die von bürgerschaftlichem Engagement getragen sind, in von professionellen Strukturen geprägte Prozesse, wie sie die Erarbeitung kommunaler Handlungsprogramme oder in städtischer Verantwortung geplante Projekte darstellen, stößt immer wieder an Grenzen. Im Bereich gemeinsamer Kulturprojekte wurden erfolgreiche Wege gefunden, bürgerschaftliches Engagement und professionelle Verwaltungsstrukturen produktiv zusammenzuführen. Das „Filmfestival Türkei/Deutschland“ als gemeinsame Produktion des Vereins InterForum mit nur wenig hauptamtlichen Ressourcen und dem Amt für Kultur und Freizeit ist auch diesbezüglich ein Vorzeigeprojekt.

Grundlegende Voraussetzung für eine Einbeziehung der MSO in kommunale Prozesse ist die prinzipielle Offenheit der Verantwortlichen und die Bereitschaft, sich auf den Dialog mit den MSO einzulassen. Wichtig ist auch die Existenz einer zentralen Anlauf- und Koordinierungsstelle mit einer gewissen Lobby-Funktion,

wie sie in Nürnberg das Inter-Kultur-Büro darstellt. Die Neutralität einer solchen Stelle bietet auch die Grundlage dafür, dem spürbar gestiegenen Interesse an einer Zusammenarbeit von MSO über Sprach- und Kulturgrenzen hinweg zu entsprechen. Qualifizierungsangebote für Vereine bzw. deren Vorstandsmitglieder und Aktivisten können die Voraussetzungen für eine wirkliche Partizipation verbessern.

Bislang arbeiten MSO in Nürnberg fast ausschließlich ohne hauptamtliches Personal. Die andernorts bereits beobachtbare Tendenz zur (Teil-)Professionalisierung wird aber sicher auch in Nürnberg zunehmen. Vereine auf diesem Weg durch Rat und Tat zu unterstützen, einschließlich der Erschließung entsprechender Fördermittel, ist ein weiteres Zukunftsthema.

Berichterstattung: Karin Topper, MigraNet

Inputreferat: Förderkonzepte von Migrantenorganisationen (MSO) in den Kommunen am Beispiel der Stadt Köln

Kadri Akkaya

Vermerk vorab: Die hier dargestellte Kölner Situation ist nicht die offizielle Meinung der Stadt Köln bzw. des Interkulturellen Referates der Stadt Köln.

Folgende Daten verdeutlichen die vielfältigen **Anforderungen** und die **Chancen** Kölns - einer Großstadt:

Zurzeit leben 1.024.300 Menschen in Köln.

Davon 321.000 mit Migrationshintergrund.
176.000 als Ausländer
71.000 als Eingebürgerte
35.900 als Aussiedler
7.800 als Optionsflüchtlinge

Weitere Zahlen zur gesellschaftlichen Vielfalt in Köln
415.000 sind katholisch
178.000 sind evangelisch
125.000 sind (geschätzt) islamisch
462.000 sind ledig
422.000 Verheiratete
62.000 Verwitwete
75.000 Geschiedene
1.800 in Lebenspartnerschaften

Struktur und Organisation des Kölner Netzwerks Bürgerschaftlichen Engagements

Das bürgerschaftliche Engagement in Köln wird von drei übergeordneten Gruppen getragen: den Bürgerinnen und Bürgern, die sich ehrenamtlich betätigen, den Einrichtungen, in denen bürgerschaftliches Engagement geleistet wird, und der Stadt Köln. Diese drei Gruppen haben sich im „Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ zusammengeschlossen, in dem sie gemeinsam die Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagement in Köln gestalten.

Beim Amt des Oberbürgermeisters hat die Stadt Köln eine „Kommunalstelle zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftliches Engagement (FABE)“ eingerichtet. Außerdem unterstützt die Stadtverwaltung Agenturen, die sich um die gezielte Vermittlung von interessierten Bürgerinnen und Bürgern an geeignete Einrichtungen bemühen. Diese Vermittlungsagenturen haben sich im „Kölner Arbeitskreis bürgerschaftliches Engagement (KABE)“ zusammengeschlossen. Kleinere Initiativen, Einrichtungen sowie Zusammenschlüsse von Einzelpersonen können ebenfalls im Netzwerk mitarbeiten und mitwirken. Eine mitwirkende AG dieses Netzwerkes zum Thema Migranten wird hier im folgenden beschrieben.

AG Bürgerengagement und Migration

Migrantinnen und Migranten in Köln sind durchaus seit Jahrzehnten ehrenamtlich engagiert.

Seit Ende 2006 gibt es eine AG Bürgerengagement und Migration in Köln, in dem viele MSO und Vereine sowie Initiativen mitwirken. Über die bisherige Arbeit der AG kann folgendes festgestellt werden:

1. Zurzeit (Stand Dezember 2007) und seit zwei Jahren sind 26 Einrichtungen/MSO in der AG aktiv.
2. Für die Arbeit der AG und für die Realisierung der Vorhaben stehen jährlich insgesamt 5000 Euro als Finanzmittel zur Verfügung.
3. Um die vorhandenen Informationen zum freiwilligen Engagement mit und von den Migrantenselbstorganisationen (MSO) in Köln weiter aufzubauen, wurde erst eine Auflistung der bestehenden Interkulturellen Zentren, Vereine und Initiativen erstellt. Art und Umfang des freiwilligen Engagements von und für Migrant/innen in Köln kann so

durch die gemeinsame Zusammenarbeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der AG erfasst werden.

4. Es wird ein Weiterbildungsangebot (Workshop) am Anfang des Jahres 2008 organisiert.
5. Die Arbeit der AG im Netzwerk für Bürgerengagement soll auf Grundlage dieser Voraussetzungen auch über das Jahr 2008 hinaus dauerhaft in Köln fortgeführt werden. Sie soll zum freiwilligen Bürgerengagement im Migrationsbereich motivieren, dieses ideell fördern und die Zusammenarbeit unter den Initiativen im Kölner Netzwerk unterstützen sowie die finanziellen Rahmenbedingungen für diese Arbeit von den Entscheidungsträgern fordern.

MSO und Migranten als Subjekte des Bürgerengagements in Köln oder Wo sind die Migranten in Köln sichtbar freiwillig engagiert?

Die Antwort auf die Frage, wie die Migrantinnen und Migranten sich freiwillig und ehrenamtlich in Köln engagieren, wäre sehr interessant. Es gibt keine verlässlichen Zahlen, die uns hier eine abschließende Aussage erlauben würde. Es gibt aber Schätzungen und weiche Daten, die eine begrenzte Aussage erlauben. Im Internetportal www.mso-online.de werden für Köln für das Jahr 2002 insgesamt 203 MSO aufgelistet. Zurzeit können es sogar bereits schon über 250 MSO sein. Einige Beispiele dafür, wo sich die Migranten sichtbar in Köln freiwillig engagieren, sind:

- Im Integrationsbeirat: 29 demokratisch gewählte Mitglieder mit Migrationshintergrund.
- Im Seniorenbeirat: Das kommunale Gremium, das alle vier Jahre von den Einwohnerinnen und Einwohnern über 55 und älter zu wählen ist, hat zurzeit 4 gewählte Mitglieder mit Migrationshintergrund.
- In demokratischen Parteien: 1 MdB, 4 MdR und 4 Bezirksvertretungen.
- Weiter sind die Migranten in den Gewerkschaften, Sportvereinen, Interessenvereinen und Verbänden, IHK, Handwerkskammer etc. ehrenamtlich aktiv.

Interkulturelle Zentren

Die Migranten sind noch sichtbarer in den Interkulturellen Zentren gesellschaftlich aktiv. Circa 40 Zentren davon sind von der Stadt anerkannt und

werden für ihre Aktivitäten finanziell unterstützt. Die Förderrichtlinie (zuletzt beschlossen Oktober 2007) ist in einem längeren Prozess in enger Kooperation mit Verwaltung, Politik und den Interkulturellen Zentren entstanden und wurde zuletzt aktualisiert und kommunalpolitisch beschlossen unter der Mitwirkung des Integrationsrates der Stadt Köln im Sozialausschuss des Rates. Die Qualität der geleisteten Zentrenarbeit und die Vernetzung der Arbeit interkultureller Vereine mit anderen Akteuren vor Ort sind die wichtigsten Kriterien der neuen Richtlinie. Seit 1990 gibt es die kommunale Förderung.

Der Förderbetrag im Jahr 2007 war 247.000 Euro.
Der Förderbetrag im Jahr 2002 war 298.000 Euro.
Der Förderbetrag im Jahr 2000 war 471.000 Euro.

Weitervermitteltes soziales und humanes Kapital als Zeitstunden in den Zentren im Jahr 2006 waren insgesamt 57.300 Stunden. Angebote der Zentren bestehen aus Alphabetisierungskursen, Sozialberatung, musischen und kreativen oder handwerklichen Angeboten, Angeboten für Kinder und Jugendliche, Informationsveranstaltungen, Angeboten für Frauen, Angeboten für Seniorinnen und Senioren, Integrationskursen etc.

Qualifizierungen und Fortbildungen

Hier geht es vor allem um die Erweiterung des sozialen und humanen Kapitals. Institutionen, die Qualifizierung und Weiterbildung (u.a. auch für Ehrenamtliche und Freiwillige Migranten) anbieten, sind: Bund, Land NRW durch die jeweiligen Institutionen vor Ort in Köln, Polizei, ARGE Köln, IHK, Handwerkskammer, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Stiftungen, lokale Medien, Gewerkschaften, Stadtsporthilfe, Migrantenselbstorganisationen und nicht zuletzt die VHS.

1. Beispiel VHS

Die Volkshochschule Köln bietet aktuell unter dem Stichwort „Fortbildung“ insgesamt 20 Kurse an, die jedoch nicht die spezielle Zielgruppe der Migranten als Ehrenamtler ansprechen, sondern u.a. die Fachkräfte im Bildungsbereich. Interessant ist der Kurs mit dem Titel „Schau mir in die Augen – Förderung interkultureller Kompetenz“.

- Unter dem Stichwort „Ehrenamtlich“ bietet die VHS vier Kurse an, etwa mit dem Titel „Ehrenamt-

liche Betreuung im Strafvollzug“ und „50+ Fit für das Ehrenamt“.

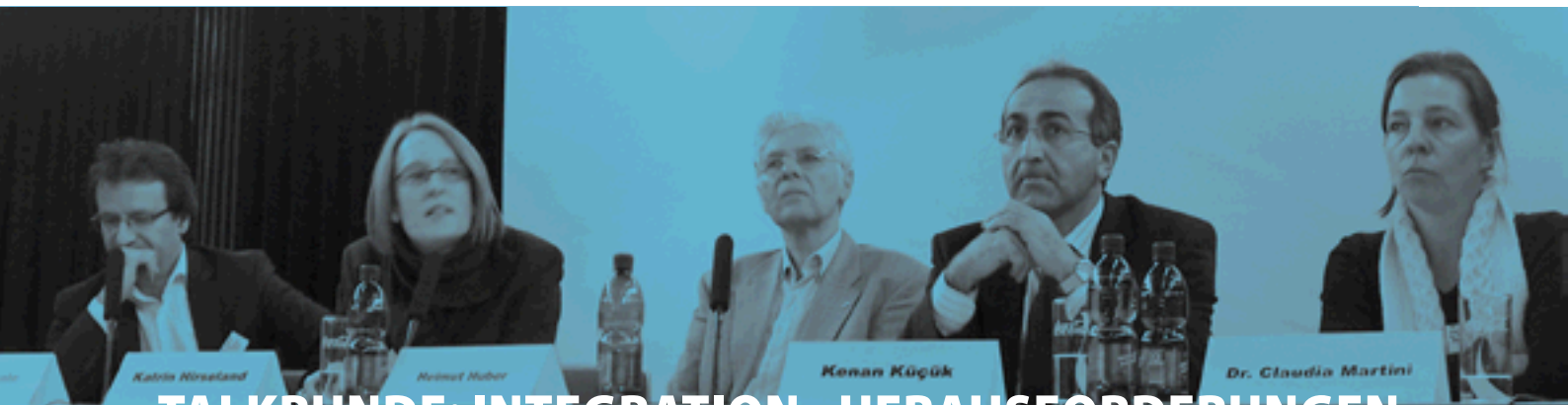
- Unter dem Stichwort „Engagement“ gibt es nur einen Kurs mit dem Titel „Persönliches Engagement als Sprungbrett“.
- Unter den Stichworten „Initiative“ und „Freiwillig“ bietet die VHS ebenfalls jeweils einen Kurs an, der sich an keine spezielle Zielgruppe richtet.

2. Beispiel Caritas Köln

„Lernhaus der Frauen“ ist ein Projekt der Caritas Köln, das eine Qualifizierungsmaßnahme für Ehrenamtliche anbietet. 25 Teilnehmerinnen aus 16 verschiedenen Kulturkreisen sind hier vertreten. Die Finanzierung der einen hauptamtlichen Stelle erfolgt seitens eines Bundesministeriums. Der Schwerpunkt liegt nicht in der Vermittlung von Freiwilligenplätzen, sondern in der Qualifizierung von ehrenamtlich aktiven Frauen mit und ohne Migrationshintergrund.

Schlussfolgerungen zum Thema

1. Deutlicher Mangel der MSO als staatlich anerkannte Bildungseinrichtungen.
2. Nötig ist die Kooperation und Vernetzung der Qualifizierungs- und Weiterbildungsanbieter für und/oder von bürgerschaftlich engagierten Migranten, damit die Angebotsvielfalt erhöht wird und damit die Qualität gesichert sowie die jeweiligen Angebote optimal aufeinander abgestimmt sind.
3. Die ansatzweise Eingliederung der interkulturellen Handlungskompetenzen in die klassische (einheimische) Erwachsenenbildung soll weiter- und fortentwickelt werden.
4. Gebührende Beachtung der MSO bei der kommunalen Förderung, damit sie mehr für den Integrationsprozess im Allgemeinen, aber auch als Qualifizierungs- und Weiterbildungsträger im Bereich des Bürgerengagements fungieren können.



TALKRUNDE: INTEGRATION - HERAUSFORDERUNGEN FÜR POLITIK UND ZIVILGESELLSCHAFT

Moderation: *Ferdos Forudastan*

Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer:

Katrin Hirseland, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Helmut Huber, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

PD Dr. Ansgar Klein, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Kenan Küçük, Sprecher des Forums für MigrantInnen im Paritätischen Gesamtverband

Dr. Claudia Martini, Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Miguel Vicente, Bundesausländerbeirat

Nach der Präsentation der Ergebnisse der Arbeitsgruppen bot die Talkrunde die Gelegenheit, daraus abzuleitende Herausforderungen für zivilgesellschaftliche und politische Handlungsebenen der Förderung von Migrantenorganisationen zu diskutieren. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen folgende Fragen: Wie ist der Heterogenität von Migrantenorganisationen durch geeignete Rahmenbedingungen zur Förderung ihrer zivilgesellschaftlichen Beteiligung Rechnung zu tragen? Wie sind diesbezügliche Forschungsbedarfe zu akzentuieren? Was ist zu beachten, damit Migrantenselbstorganisationen auf den unterschiedlichen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen als zivilgesellschaftliche Dialogpartner aktiv beteiligt werden?

Im Folgenden werden zentrale Punkte der Podiumsdiskussion zusammengefasst:

Migrantenorganisationen leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration, allerdings dürfen daraus keine überhöhten Erwartungen an sie abgeleitet werden.

Außer Frage stand für alle Podiumsbeteiligten, dass Migrantenorganisationen einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten. Allerdings – so wurde auch betont – würden sie auf lokaler Ebene nach wie vor häufig ignoriert. Sie bewegen sich, so lässt sich zusammenfassen, im Spannungsfeld einer nachholenden Integrationsdebatte, in deren Rahmen sie mit vielen Widersprüchen konfrontiert sind. Einerseits wird zunehmend entdeckt, welche wichtigen Beiträge sie für die Integration ihrer Mitglieder leisten, andererseits seien sie strukturell und personell schlechter ausgestattet als etablierte Verbände und Organisationen des Aufnahmelandes. Somit müssen sie ungleich größere Anstrengungen erbringen, um die Kapazitäten aufzubringen, sich erfolgreich an Förderprojekten zu beteiligen. Zu bedenken sei auch, dass sie zwar einen Beitrag zur Bewältigung der Integrationsherausforderungen leisten, ihnen diese Aufgabe jedoch nicht alleine und per se zuzuschreiben sei, und mit ihrer Förderung häufig überhöhte gesellschaftliche Erwartungen verbunden seien.

Der Heterogenität von Migrantenorganisationen ist Rechnung zu tragen.

Betont wurde, dass Migrantenorganisationen die gesellschaftliche Vielfalt repräsentieren und sich in den verschiedensten zivilgesellschaftlichen Handlungsfeldern engagieren. Sie unterscheiden sich hinsichtlich der Anlässe, die zu ihrem Zusammenschluss führten,

ihrer Wert- und Zweckorientierungen, ihrer Ziele und ihrer Historie. Erstmals sei im nationalen Integrationsplan festgelegt, dass sie – wie deutsche Vereine auch – eine Berechtigung haben, in die gesellschaftlichen Strukturen eingebunden zu werden, unabhängig davon, ob sie sich als zivilgesellschaftliche Akteure akzentuieren, die sich im Zuge ihrer zunehmenden Professionalisierung (etwa als Träger sozialer Projekte) in die Gesellschaft einbringen, oder aber als Kultur- oder Heimatvereine verstehen. Deutlich wurde auch: Viele Organisationen reklamieren gar keinen finanziellen Förderungs- oder Unterstützungsbedarf, weil sie ihre Ziele alleine erreichen können. Wichtig sei jedoch die öffentliche Anerkennung ihres häufig jahrzehntelangen Engagements. Förderbedarfe durch Weiterbildung und finanzielle Unterstützung gäbe es insbesondere bei denjenigen Organisationen, die sich weiterentwickeln wollen. Hier sei ein zentrales Kriterium, dass es sich um keine extremistischen Organisationen handle. Eine Vereinsarbeit, die sich mit der Situation im Herkunftsland auseinandersetzt, sei jedoch keineswegs ein Ausschlusskriterium für eine integrationspolitische Zusammenarbeit.

Zur Förderung von MSO

Zentral standen hier Überlegungen, wie durch geeignete Rahmenbedingungen kleine Organisationen und auch nicht organisierte Migrantinnen und Migranten stärker in die Förderung einbezogen und wie sie in die Gestaltung von Förderrichtlinien und Maßnahmen eingebunden werden können, um ihre Rolle als gesellschaftspolitische Akteure zu stärken. Deutlich wurde, dass hier Lernprozesse sowohl auf Seiten der Förderungsgeber als auch der Förderungsnehmer stattfinden und Klärungsbedarfe bestehen, wie solche Prozesse systematisch anzugehen sind. Kritisch diskutiert wurde, dass auch Migrantenverbände (im Unterschied zu vielen etablierten Organisationen des Aufnahmelandes) häufig als Projekte gefördert werden, mit der Folge von erschwerenden Bedingungen für den Aufbau kontinuierlicher Kompetenz- und Expertisestrukturen, die für die Entwicklung innovativer Projekte jedoch unabdingbar seien.

Die Bedeutung des Nationalen Integrationsplans als bundespolitisches Signal wurde einhellig hervorgehoben, weil er das gesellschaftspolitische Ziel der Förderung von Migrantenselbstorganisationen, die

sich gesellschaftlich einbringen wollen, akzentuierte. Problematisiert wurde, dass es auf Länderebene vielfach unzureichende und teils unübersichtliche Förderstrukturen gibt. Auf regionaler und kommunaler Ebene, so zeichnete sich im Laufe der Diskussion ab, gibt es neben den positiven Beispielen nach wie vor Barrieren, die etwa an den Schnittstellen der Zusammenarbeit von deutschen Organisationen und Migrantenselbstorganisationen sowie an Hand der unterschiedlichen Logiken haupt- und ehrenamtlicher Strukturen deutlich werden. Hier gelte es, von beiden Seiten Vertrauen aufzubauen, die langjährigen Leistungen der MSO anzuerkennen, sie einzubinden und ihr gesellschaftliches Entwicklungspotential wahrzunehmen und zu würdigen. Die Transparenz von Organisationen, die sich bürgerschaftlich engagieren (sowohl von Vereinen aus dem Herkunftsland als auch von Migrantenselbstorganisationen) wurde als wichtiges Kriterium für die Entwicklung lokaler Kooperationen beschrieben: Hier seien die Engagierten gefordert, ihre Anliegen und Ziele öffentlich darzustellen. Hervorgehoben wurde auch der Bedarf der langjährig aktiven Migrantenselbstorganisationen an Organisationsbegleitungsangeboten, die sie unterstützen, ihre Geschichte reflexiv zu bearbeiten und Konsequenzen daraus zu ziehen.

Forschungsbedarfe

In der Diskussion wurde deutlich: Es gibt bislang nur eine unzureichende Forschung in diesem Feld. So ist die einzige systematische Bestandsaufnahme von Migrantenselbstorganisationen auf Länderebene (des Landes Nordrhein-Westfalen) inzwischen 10 Jahre her. Anwendungsorientierte Forschung, die Organisationsförderung als Teil der Integrationsförderung akzentuiert und zur Weiterentwicklung von Beratungsangeboten beitragen kann, sollte in Kooperation mit den Engagierten Fragen erhellen, wie sich die Organisationen verändern, wie von den Engagierten neue Probleme und Aufgaben wahrgenommen werden und wie eine systematische Einbindung von kleinen Organisationen und nichtorganisierten Migrantinnen und Migranten erreicht werden kann.

O-TÖNE

„Es gibt mittlerweile eine neue Diskussion, in der festgestellt wurde, dass Migrantenselbstorganisationen zum Bereich Integration und Zuwanderung einiges beitragen. Es gibt Migrantenorganisationen, die nun schon seit zwanzig bis dreißig Jahren in diesem Land existieren und eine hervorragende Arbeit geleistet haben und leisten.“

Kenan Küçük, Sprecher des Forums für MigrantInnen im Paritätischen Gesamtverband

„Unterstützung muss nicht immer mit finanzieller Unterstützung gleichgesetzt werden. Die Einrichtungen zu besuchen und mit ihnen in Kontakt zu kommen öffnet manchmal eine weitere Tür und weitere Wege. Mit solchen kleineren Dingen kann man Organisationen auch unterstützen.“

Miguel Vicente, Bundesausländerbeirat

„Ein zweiter wichtiger Aspekt ist es, die Rolle von MSO als gesellschaftspolitische Akteure zu stärken: Sie stärker einzubeziehen, aber auch herauszufordern. Damit verbunden kann auch die Erwartung sein, sich zu beteiligen an der Gestaltung von Fördermaßnahmen und -möglichkeiten. Für das BAMF stellt sich dabei die Frage: Was für Rahmenbedingungen schafft das BAMF um das zu ermöglichen. Das ist ein Lernprozess.“

Katrin Hirsland, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

„Der Widerspruch liegt darin, dass wir seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland sind und erst vor wenigen Jahren offiziell festgestellt haben, dass das der Fall ist. Im Schulbereich wird besonders deutlich, wir haben Jahrzehnte verloren und führen jetzt

eine Integrationsdebatte in der Praxis, die schon vor Jahrzehnten hätte stattfinden müssen. Der Widerspruch liegt darin begründet, dass MSO jetzt erst wirklich als Teil der Integration wahrgenommen werden. Das ist der neue Trendwandel. Diese neue Einsicht muss man relationieren mit der häufig schwachen organisatorischen Verfassung von MSO. Wir haben heute gehört, dass die professionelle Ausstattung, die hauptamtlichen Strukturen noch nicht da sind. Wir befinden uns im Aufbruch und müssen jetzt Organisationsförderung als Teil der Integrationsförderung betreiben.“

PD Dr. Ansgar Klein, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

„Das ist aber auch für uns noch Neuland. Es ist schwierig, die Ziele der Vereine zu kennen. Wir als Land haben die Kontakte nicht so wie die Kommune, die von jeher die Vereine unterstützt hat, sei es durch Bereitstellen von Räumen oder durch Zuschussgewährungen. Was wir als Land nie gemacht haben, zumal es, nach meiner Kenntnis, für Bayern zumindest keine Landesorganisation gibt.“

Helmut Huber, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

„Es gibt zirka 10 Dachverbände, und damit hat man eigentlich alle. Sie repräsentieren die größten Herkunftsgruppen. Die anderen Gruppen sind aufgrund ihrer Größe, aufgrund ihrer sehr ungleichgewichtigen regionalen Verteilung und der häufig weitaus geringeren Ressource als es beim klassischen deutschen Vereins- und Verbandswesen der Fall ist, nicht dachverbandlich organisiert. Sie haben oft nicht die Ressourcen, sich überregional oder in Netzwerken

einzubringen, also jenseits ihrer lokalen Aktivitäten wahrgenommen zu werden.“

Dr. Claudia Martini, Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

„Wir haben in unterschiedlichen Prozessen sehr stark davon profitiert, dass wir lokal agierende MSO in die inhaltliche Arbeit einbezogen haben, die zu einem konkreten Thema sehr viel wussten und beitragen konnten. Ich finde es für die konzeptionelle Arbeit sehr wichtig, sich nicht nur auf die Dachverbände zu beschränken, die ganz wichtige Funktionen haben, sondern, wenn es um konkrete Themen geht, auch auf eine Ebene „tiefer“ zu sehen, um auch Organisationen einzubinden, die einen lokalen Fokus haben.“

Katrin Hirseland, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

„Gerade auf der lokalen Ebene gibt es sehr viele Einrichtungen, aber die Politik und Verwaltung ignorieren sie und suchen nicht den Kontakt. Wenn man will, kann man in einem kleinen Stadtteil oder Ort mit ihnen in Kontakt kommen. Aber ich möchte hervorheben, dass nicht alle MSO riesige Dinge machen wollen.“

Kenan Küçük, Sprecher des Forums für MigrantInnen im Paritätischen Gesamtverband

„Ich sehe es bei vielen Organisationen, da kommen mal die Schule, mal die Volkshochschule, mal andere Bildungsträger mit einem Projekt oder einer Maßnahme und fragen nach Hilfe und wollen auch im Gegenzug was für die MSO machen, aber sie können solche Anforderungen nicht leisten, weil sie meistens ehrenamtlich tätig sind und abends oder am Wochenende arbeiten. Wenn sie einen Mitarbeiter der Volkshochschule fragen, ob er ab 18 Uhr zur Besprechung kommt, dann erhält man meistens eine Absage, weil seine Arbeitszeit zwischen 16 und 17 Uhr endet.“

Kenan Küçük, Sprecher des Forums für MigrantInnen im Paritätischen Gesamtverband

„Ja, ein Vorschuss an Vertrauen. MSO sind nicht die Parallelgesellschaft per se, sondern es sind ganz normale Leute, die versucht haben, sich selbst zu organisieren, und in der Regel ausgesprochen erfolgreich gearbeitet haben, obwohl sie dieses Schattendasein geführt haben. Es ist unheimlich viel geleistet wor-

den in diesen 30 bis 40 Jahren seit ihrer Gründung. Sie haben sich schlichtweg ein Stück Vertrauen, Anerkennung und Einbindung in die Gesellschaft verdient. Ein Teil der Struktur zu werden ist letztlich Integration.“

Miguel Vicente, Bundesaussländerbeirat

„Wenn ein Anliegen von einer Organisation für so wichtig erachtet wird, dass es mit Hilfe staatlicher Zuschüsse durchgesetzt werden soll, also wenn das Anliegen über die Kommune hinausgeht, dann überlegt man sich, wen man fragt. Man geht zunächst zum BAMF, um danach weitere Bündnispartner zu finden, und das ist in Bayern auch das Sozialministerium. Dann finden Gespräche statt. Man redet darüber, was sie wollen, wer sie sind, wie sie sich die Realisierung vorstellen, und sie legen uns ihre Satzung vor.“

Helmut Huber, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

„Im Grunde bräuchten sie eine Art Strukturaufbauhilfe. Das unterscheidet sie von den schon etablierten Verbänden und Organisationen des Aufnahmelandes. Wenn es dazu kein Format gibt, dann haben wir ein Dauerproblem, das wir fortschreiben. Jetzt wird entdeckt, dass MSO eine große Bedeutung für die Integration haben, aber man kann sie nur bedienen, wenn sie schon die Kapazitäten mitbringen, um Projekte zu generieren. Die Ermöglichung, solche Projekte zu generieren, liegt in einer arbeitsfähigen Grundstruktur. Dafür haben wir keine Programmformate.“

PD Dr. Ansgar Klein, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

„Es ist jetzt endlich mit dem Nationalen Integrationsplan, auf höchster politischer Ebene im Konsens mit vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren entschieden und festgelegt worden, dass Migrantinnenorganisationen per se eine Berechtigung haben – egal, ob sie sich Heimatverein, Kulturverein oder türkischer Angelverein, Siebenbürgischer Tanzverein oder wie auch immer nennen. Sie haben also die Berechtigung, erstens zu existieren, zweitens aktiv zu sein und drittens in die Strukturen eingebunden zu werden wie jeder deutsche Angelverein, Brauchtumsverein, politische Lobbyverein, Sportverein etc. auch.“

Dr. Claudia Martini, Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration



**Siglinde Naumann | Arbeitsgruppe
Migration/Integration des BBE**

FAZIT

Stand bei der ersten Tagung im vergangenen Jahr das Anliegen im Vordergrund zu erkunden, welche Wünsche und Bedarfe Migrantenselbstorganisationen an die Weiterbildung formulieren, ist es uns in diesem Jahr gelungen, offene Fragen vertiefend aufzugreifen. Es wird bei der Förderung von MSO deutlich – etwa mit Blick auf die besondere Situation von MSO in den Neuen Bundesländern –, dass es nicht einen Königsweg bei der Förderung von MSO geben kann. Weiterbildung, die der Förderung von MSO dienen will, muss qualitativen Aspekten gerecht werden, die der Verschiedenheit der Organisationen und ihrer Mitglieder und der Vielfalt ihrer Vorstellungen, Ziele und Anforderungen Rechnung tragen. Erforderlich sind passgenau zugeschnittene Angebote, die die jeweiligen Entwicklungsherausforderungen der Organisationen zum Ausgangspunkt nehmen. In letzter Konsequenz bedeutet dieses, die Engagierten weitestgehend in den Prozess der Entwicklung von Angeboten und Angebotsstrukturen einzubeziehen.

Wenn ich an die Diskussionen während der Tagung zurückdenke, war der Eindruck zu gewinnen, dass wir einen Aufbruch zur interkulturellen Öffnung verzeichnen können. Dieser Aufbruch hat nicht zuletzt etwas mit dem Nationalen Integrationsplan zu tun. Ihm haben wir eine Menge Vorarbeit zu verdanken. Und es sieht so aus, als ob die Einwanderungsgesellschaft beginnt, sich auch selbst als solche zu verstehen. Auf der anderen Seite fangen auch Politik und Gesellschaft an, Konsequenzen daraus zu ziehen, dass wir eine Einwanderungsgesellschaft sind. Das Bild, das ich aufgreifen möchte, ist das eines Zuges, der langsam, manchmal allerdings auch sehr langsam, anfängt zu rollen, und wir hoffen, dass er jetzt bald

in Fahrt kommt. Die gute Nachricht: Es gibt wichtige Weiterbildungs- und Förderinstitutionen, die die Bedarfe von MSO in ihren Förderrichtlinien festhalten. Soweit sind wir. Jedoch gilt es, jetzt auch verstärkt darauf hinzuwirken, dass sich diese Richtlinien in der praktischen Umsetzung realisieren und entfalten können.

Die große Nachfrage und der Verlauf dieser Tagung ist für uns ein Ansporn, auch im nächsten Jahr weiterzumachen. Wir haben erste Vorüberlegungen dazu angestellt. Es gibt den Wunsch ostdeutscher Migrantenselbstorganisationen und ein positives Echo, im kommenden Jahr in ein ostdeutsches Bundesland, wahrscheinlich nach Brandenburg, zu gehen. Als Thema schält sich die besondere Situation ostdeutscher Migrantenselbstorganisationen und Fragen von Integrationsförderung durch die Förderung von Migrantenselbstorganisationen auf den unterschiedlichen Ebenen heraus. Abschließend möchte ich mich bei Ihnen und allen Mitwirkenden vor und hinter den Kulissen für ihr Engagement an dieser Tagung bedanken und nicht versäumen, auf unsere Arbeitsgruppe Migration/Integration des BBE hinzuweisen, die alle Migrantenselbstorganisationen herzlich und ausdrücklich einlädt, mit uns weiter zum Thema zu diskutieren.



PROGRAMM

Freitag, 14. Dezember 2007

Moderation: *Ferdos Forudastan, Journalistin*

16:00 Anmeldung

16:30 - 16:45 Begrüßung

Dr. Thomas Röbbke, Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Bayern

Grußwort

Dr. Michael Griesbeck, Vizepräsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

16:45 - 17:15 Ziele der Tagung – eine Einführung

Siglinde Naumann, AG Migration/Integration des BBE

17:15 - 18:00 Vortrag: Beiträge von Migrantenorganisationen zur Bürgergesellschaft und ihre Rahmenbedingungen

Prof. Dr. Dietrich Thränhardt, Universität Münster

18:00 - 18:30 Pause

18:30 - 19:15 Vortrag: Ergebnisse des Nationalen Integrationsplans und Konsequenzen für die Weiterbildung von Migrantenorganisationen

Dr. Claudia Martini, Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration/Meggi Khan-Zvorničanin, Camino gGmbH, Berlin

20:00 Empfang der Stadt Nürnberg im Alten Rathaus

Samstag, 15. Dezember 2007

Moderation: *Ferdos Forudastan, Journalistin*

9:00 - 9:45 Vortrag: Weiterbildungskonzepte für Migrantenorganisationen: Anforderungen und Perspektiven

Prof. Dr. Karin Weiss, Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg

9:45 - 12:15 Parallele Arbeitsgruppen

AG 1: Geschlechtsspezifische Aspekte in der Weiterbildung von Migrantenorganisationen

Moderation: *Marina Khanide, Trainerin für interkulturelle Verständigung, München*

Input: Was bedeutet eigentlich gendersensible Weiterbildung? *Sakine Subasi, Textproduktion.net*

Input: Empowerment durch frauenspezifische Weiterbildung, *Marissa Pablo-Dürr, IN VIA KOFI-ZA, Kontakt-, Förderungs- und Integrationszentrum für außereuropäische Frauen und deren Familien*
Berichterstattung: *Babette Rohner, Ban Ying e.V., Berlin*

AG 2: Weiterbildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Jugendmigrantenorganisationen

Moderation: *Birgit Jagusch, IDA e.V. - Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung, Düsseldorf*

Input: Weiterbildungsbedarfe von Jugendmigrantinnenorganisationen, *Hetav Tek, Deutsche Jugend aus Europa e.V., und Kurdischer Jugendverband e.V., Berlin*

PROGRAMM

Input: Handbuch für Jugendgruppenleiter. Vorstellung eines selbstentwickelten Weiterbildungskonzeptes, Mohammed Abdulazim, *Muslimische Jugend in Deutschland e.V.*

Berichterstattung: *Ernst Strohmaier, Deutsche Jugend aus Russland e.V., Stuttgart*

AG 3: Intergenerative Aspekte der Weiterbildung von Migrant*innenorganisationen

Moderation: *Kenan Küçük, Multikulturelles Forum, Lünen*

Input: Entwicklung von Migrant*innenorganisationen im intergenerativen Wandel, Şener Sargut, *Türkische Gemeinde in Deutschland e.V., Berlin*

Input: Leadership-Programm für junge Führungskräfte aus Migrant*innenorganisationen, Dr. Orkan Kösemeydan, *Bertelsmann Stiftung, Gütersloh*

Berichterstattung: *Marissa Turac, Verein zur Förderung der Ausländerarbeit e.V., Hattingen*

AG 4: Weiterbildung und Professionalisierung von Migrant*innenorganisationen

Moderation: *Torsten Groß, Projekt „gemeinsam engagiert“, Nürnberg*

Input: Anforderungen an Migrant*innenorganisationen als Projektträger, Gudrun Kiener, *Robert Bosch Stiftung, Stuttgart*

Input: „Aktive Vereine“ - Handbuch für Migrant*innenorganisationen als Partner für Integration und Beschäftigung, Miguel Vicente/Hans-Peter Wilka, *AGARP, Mainz*

Berichterstattung: *Maha Al Asiri, migration.works - Zentrum für Partizipation, basis & woge e.V., Hamburg*

AG 5: Förderkonzepte von Migrant*innenorganisationen und die Rolle der Weiterbildung im kommunalen Raum

Moderation: *Gülay Aybar-Emonds, Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg*

Input: Herausforderungen der Förderung und Weiterbildung von Migrant*innenorganisationen auf kommunaler Ebene, Jürgen Markwirth, *Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg*

Input: Förderkonzepte von Migrant*innenorganisationen am Beispiel der Stadt Köln, Kadri Akkaya, *Interkulturelles Referat der Stadt Köln*

Berichterstattung: *Karin Topper, MigraNet*

12:15 - 13:15 Mittagspause

13:15 - 14:00 Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus den Arbeitsgruppen

14:00 - 15:00 Talkrunde

Migrant*innenorganisationen und Integrationsförderung: Herausforderungen für Politik und Zivilgesellschaft

Katrin Hirsland, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Helmut Huber, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

PD Dr. Ansgar Klein, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

*Kenan Küçük, Sprecher des Forums der Migrant*innen im Paritätischen Gesamtverband*

Dr. Claudia Martini, Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Miguel Vicente, Bundesausländerbeirat

15:00 Resümee und Ausblick

Siglinde Naumann, AG Migration/Integration des BBE





Ansprechpartnerinnen:

- Susanne Huth | INBAS-Sozialforschung GmbH
E-Mail: susanne.huth@inbas-sozialforschung.de
- Birgit Jagusch | Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuarbeit e.V. (IDA e.V.)
E-Mail: info@idaev.de

ARBEITSGRUPPE MIGRATION/INTEGRATION

1. Selbstverständnis und Anliegen der Arbeitsgruppe

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von und mit Migrantinnen und Migranten muss als eine Querschnittsaufgabe sowohl der Engagementpolitik als auch der Arbeit des Bundesnetzwerks verstanden werden. Insofern findet das Thema Berücksichtigung in allen Arbeitsgruppen des Netzwerks. Es hat sich aber dennoch gezeigt, dass die Verankerung des Themas Migration/Integration als Querschnittsthema im Sinne eines interkulturellen Mainstreaming in Politik und Praxis noch nicht weit fortgeschritten ist und daher eine eigenständige Arbeitsgruppe, die das Themengebiet „bürgerschaftliches Engagement in der Einwanderungsgesellschaft“ behandelt, weiterhin nötig ist, um die unterschiedlichen Facetten des Themenbereichs zu bündeln und gezielt Handlungs- und Förderstrategien zu entwickeln.

2. Zentrale (Teil)Themen

- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von und mit Migrantinnen und Migranten in Migrantenselbstorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, Infrastruktureinrichtungen des Freiwilligensektors, sowohl in formellen wie in informellen und nicht-organisierten Gruppen oder Communities
- Förderung der Wahrnehmung und Anerkennung des Engagements von Migrantinnen und Migranten, sowohl im Bereich der Migrantenselbstorganisationen als auch im traditionellen Freiwilligensektor

- Erweiterung des Verständnisses und der Wissensbasis von bürgerschaftlichem Engagement unter Berücksichtigung der Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten
- Interkulturelle Öffnung der Freiwilligendienste
- Weiterbildung, Qualifizierung und Unterstützung von Migrantenselbstorganisationen
- Förderung der Vernetzung von Migrantenselbstorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren vor allem auf kommunaler Ebene
- Verzahnung der Arbeitsgruppenarbeit mit anderen Arbeitsgruppen des BBE

3. Arbeitsweise und Struktur der Arbeitsgruppe

Die Arbeitsgruppe Migration/Integration nahm im Mai 2003 ihre Arbeit auf und tagt seitdem viermal im Jahr. Sie ist sehr heterogen zusammengesetzt. Ihre Mitglieder vertreten Wohlfahrts-, Kultur- und Jugendverbände, Migrantenselbstorganisationen, Stiftungen, Kommunen und Bundesländer, Vereine und Verbände in der praktischen Arbeit für/mit Migrantinnen und Migranten und wissenschaftliche Institute. Darüber hinaus nehmen je eine Vertreterin der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge an der Arbeitsgruppe teil. Dadurch werden die unterschiedlichsten Perspektiven in die Arbeitsgruppe eingebracht. Die Arbeitsgruppe zählt 25 aktive Mitglieder und einen Verteiler von weiteren 20 Interessierten.

Kontakt:

Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (LBE)

Gostenhofer Hauptstraße 63 | 90443 Nürnberg

Tel.: (0911) 2 72 99 82 - 0

Fax: (0911) 9 29 66 90

E-Mail: lbe@iska-nuernberg.de

Internet: www.wir-fuer-uns.de

LBE**Kontakt:**

Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit (ISKA) pgGmbH

Gostenhofer Hauptstr. 61 | 90443 Nürnberg

Tel. (09 11) 27 29 98 - 0

Fax (09 11) 9 29 66 90

E-Mail: post@iska-nuernberg.de

Internet: www.iska-nuernberg.de

ISKA**Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern (LBE)**

Das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (LBE) Bayern wurde 2003 gegründet und wird vom Bayerischen Sozialministerium gefördert. Es versteht sich als landesweite Informations- und Servicestelle, die Freiwilligenarbeit vor Ort initiiert, fördert und unterstützt. Bewährte Ansätze ehrenamtlicher Arbeit sollen so Verbreitung finden. Dadurch soll ein Bildungs-, Lern- und Informationsnetzwerk entstehen, das auch dazu beiträgt, dass sich die Potentiale des Bürgerschaftlichen Engagements besser entfalten können.

Zudem bemüht sich das Landesnetzwerk um eine Zusammenarbeit auf allen staatlichen Ebenen, um Doppelarbeit zu vermeiden. Ziel seiner Arbeit ist auch eine Beratung von Politik und Verwaltung, um so geeignete Rahmenbedingungen und Modellprogramme für Bürgerschaftliches Engagement zu entwickeln und zu fördern.

Ein umfangreiches Internet-Portal, Fortbildungs- und Beratungsangebote, Fachtagungen und die viermal jährlich erscheinende Publikation „Engagiert in Bayern“ helfen, die Fäden des Netzwerkes weiterzuspinnen.

Seit Mitte 2007 führt das LBE zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns als gleichberechtigte Kooperationspartner das Projekt „gemeinsam engagiert – Bürgerschaftliches Engagement im Bereich Integration“ durch. In dem Projekt geht es insbesondere darum, die Potentiale des Bürgerschaftli-

chen Engagements von MigrantInnen zu unterstützen und zu fördern und mit dem ‚deutschen‘ Freiwilligen-sektor und dessen Förderprogrammen und -systemen zusammenbringen. Dadurch werden die zivilgesellschaftlichen Strukturen im Hinblick auf die Integration von MigrantInnen gestärkt und ausgebaut.

Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit (ISKA)

Das Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit (ISKA) in Nürnberg wurde 1988 gegründet und arbeitet in den Bereichen Innovationsmanagement, Organisationsberatung und Praxisforschung im Auftrag von Landes- und Bundesministerien, Kommunen und freien Trägern.

Das Institut will soziale und kulturelle Angebote fortentwickeln sowie neue Entwicklungen der sozialen, kulturellen und pädagogischen Arbeit anregen, aufgreifen und öffentlich machen. Die aktuellen Themenschwerpunkte sind: Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerarbeit, Interkultur, Förderung und Finanzierung von Kindertageseinrichtungen, Schuldner- und Insolvenzberatung, Mediation (Vermittlung in Konflikten).

Innovationen werden nicht nur theoretisch und konzeptionell entwickelt, sondern auch in der Praxis erprobt und umgesetzt: In Nürnberg und Fürth betreibt das ISKA eigene Einrichtungen: die Kindertagesstätten MOMO und MIKRO, zwei Zentren Aktiver Bürger, das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement sowie eine Schuldnerberatungsstelle.

INFORMATIONSMATERIALIEN

- **Qualifizierungs- und Weiterbildungsbedarfe von Migrantenselbstorganisationen**

Dokumentation zum Workshop am 2. Dezember 2006 in Oberhausen

Die Dokumentation präsentiert die Ergebnisse der ersten Fachtagung, die die Arbeitsgruppe 5 (Migration/Integration) des BBE zum Thema Weiterbildung von Migrantenselbstorganisationen durchgeführt hat. Die Ergebnisse dieser Tagung sind Voraussetzung der vorliegenden Dokumentation, die an diese Debatten anschließt.

Herausgeber: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)



- **Integrationslotsen: Modelle von Engagement und Integration**

Dokumentation des bundesweiten Erfahrungsaustauschs und Umsetzungsworkshops am 26. und 27. September 2007 in Hannover

Die Dokumentation präsentiert ausgewählte Lotsenprojekte aus der Bundesrepublik und Berichte aus den Bereichen Elternbildung, Alltagsbewältigung und Sprachförderung, Stadtteilintegration, Gesundheit und Ausbildungsvorbereitung/Berufsorientierung. Susanne Huth von INBAS-Sozialforschung präsentiert zudem eine nationale Studie zu Integrationslotsen. Unter Mitwirkung des AG 5 BBE und der Stadt Hannover.

Herausgeber: INBAS-Sozialforschung, Frankfurt am Main

Internet: www.integrationslotsen.de



- **Engagierte Bildung – Bildung mit Engagement? Bildung, Schule und Bürgerengagement in Ostdeutschland**

Dokumentation der Fachtagung unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, am 4. – 5. Mai 2007 in Halle/Saale.

Die Dokumentation präsentiert die Ergebnisse der dritten Tagung des BBE (in Zusammenarbeit mit der Stiftung Demokratische Jugend) zur Öffnung der Schule für das Engagement. Im Zentrum stehen Beispiele aus den ostdeutschen Bundesländern. Neben einführenden wissenschaftlichen Vorträgen werden in vier Foren die Rolle des Bürgerschaftlichen Engagements als Haltefaktor bei Abwanderungen aus Ostdeutschland, das Verhältnis von Schule und lokaler Bürgergesellschaft, Möglichkeiten der Partizipation in der Schule sowie die Kooperation von Wirtschaft und Schule behandelt. Neun AGs diskutieren u.a. die Rolle schulischer Fördervereine, das Konzept des „Service Learning“ oder auch die Lehreraus- und -fortbildung. Mit zahlreichen Praxisprojektvorstellungen. Federführend war die AG 2 (Bildung/Qualifizierung) des BBE.

Herausgeber: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Stiftung Demokratische Jugend



INFORMATIONSMATERIALIEN

- **INVOLVE, Beteiligung von Drittstaatenangehörigen an freiwilligem Engagement als Mittel zur Integrationsförderung**, Projektabschlussbericht 2006

Der Bericht ist das Ergebnis eines europäischen Forschungsprojektes über die Integration von Drittstaatenangehörigen durch freiwilliges Engagement. Teil 1 beschreibt das Forschungsprojekt und seine Grundprinzipien, Teil 2 präsentiert sieben nationale Berichte über Zuwanderung, Integration und freiwilliges Engagement, Teil 3 berichtet über Hindernisse und Kriterien zu guter Praxis zu deren Überwindung, Teil 4 bietet detaillierte Projektvorstellungen aus den sieben Ländern. In den abschließenden beiden Teilen werden die Praxisbeispiele für die Integrationspolitik ausgewertet und Handlungsempfehlungen gegeben. Die AG 5 des BBE war für die deutsche Teilstudie in der Funktion eines Beirats.

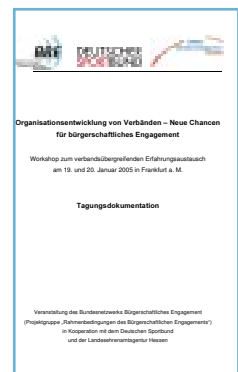
Veröffentlicht vom Europäischen Freiwilligenzentrum
Internet: www.involve-europe.eu



- **Organisationsentwicklung von Verbänden – neue Chancen für bürgerschaftliches Engagement**
Tagungsdokumentation zum Workshop zum verbandsübergreifenden Erfahrungsaustausch am 19. und 20. Januar 2005 in Frankfurt a. M.

Die Dokumentation präsentiert die Ergebnisse eines ersten Fachworkshops zu Fragen einer engagementfördernden Organisationsentwicklung von Verbänden aus allen Themenbereichen der Bürgergesellschaft. Es werden Organisationsentwicklungskonzepte und Erfahrungen aus den Bereichen von Wohlfahrts-, Umwelt-, Sportverbänden und Seniorengemeinschaften vorgestellt. Wissenschaftliche Zugänge leiten die Dokumentation ein.

Herausgeber: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)



- **Herausforderungen an die Einwanderungsgesellschaft. Anfragen an zivilgesellschaftliche Akteure.**
Dokumentation zur Fachtagung am 28. und 29. Oktober 2005 in Hannover

Die Dokumentation bietet eine grundlegende Einführung in Rolle und Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagements von Migrantinnen und Migranten für sozialen Zusammenhalt und Integration. In Zusammenarbeit mit der AG 5 des BBE mit der Gustav-Heinemann-Initiative und der Stadt Hannover.

Herausgeber: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)



- **entwickeln | stärken | verbinden**
Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement im Überblick (Positionen, Strukturen, Gremien, Arbeitsschwerpunkte, Mitglieder)

Herausgeber: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Diese Publikation wurde gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).



Wenn oben nicht anders angegeben, können die Materialien als PDF-Datei im Internet abgerufen werden: www.b-b-e.de/downloads.html. Als Printversion sind einige der Materialien über die Geschäftsstelle des BBE erhältlich:

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Bundesgeschäftsstelle
Michaelkirchstr. 17/18 | 10179 Berlin



IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Michaelkirchstr. 17/18
10179 Berlin
Internet: www.b-b-e.de

Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern (LBE)
Gostenhofer Hauptstraße 63
90443 Nürnberg
Internet: www.wir-fuer-uns.de

Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit (ISKA)
Gostenhofer Hauptstr. 61
90443 Nürnberg
Internet: www.iska-nuernberg.de

V.i.S.d.P.: PD Dr. Ansgar Klein (BBE)

Redaktion: Siglinde Naumann

Layout & Satz: Regina Vierkant

Fotos: Peter Roggenthin | Regina Vierkant

Druck: Trigger Medien GmbH | Berlin